

EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KIRCHLICHE ZEITGESCHICHTE

MITTEILUNGEN

Folge 18

(Stand: Dezember 1999)

GESCHÄFTSSTELLE: Schellingstraße 3 VG, 80799 München

Prof. Dr. Carsten Nicolaisen Tel. 089/2180-2828

Gertraud Grünzinger M.A. Tel. 089/2180-2829

Dr. Claudia Lepp Tel. 089/2180-5340

Fax: 089/2180-5339

Layout:

Nora Andrea Schulze

ISSN-Nr. 0949-5908

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Nachruf auf Leonore Siegele-Wenschkewitz | 1 |
| Verabschiedung von Carsten Nicolaisen und Helmut Zeddies | |
| Würdigung durch Leonore Siegele-Wenschkewitz | 3 |
| Festvortrag von Martin Greschat: Kontinuität und Krisen. Der deutsche Protestantismus in den 60er Jahren..... | 8 |
| Ursula Büttner: Laudatio auf Martin Greschat aus Anlaß seiner letzten Vorlesung an der Universität Gießen am 12. Juli 1999 | 21 |
| Forschungsbericht | |
| Claudia Lepp: Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland..... | 27 |
| Tagungsberichte | |
| Gertraud Grünzinger: Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung. Wissenschaftliche Tagung im Rahmen des Forschungsprojekts der EKD „Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland“ vom 19. bis 21. November 1998 im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. | 31 |
| Sigrid Lekebusch: Kommission für den reformierten Protestantismus e.V. Ein Gründungsbericht..... | 36 |
| Peter Maser: Die Protestantischen Kirchen in Zentral- und Osteuropa unter kommunistischer Herrschaft. Internationales Symposium in Schloß Sandbjerg bei Sonderbørg/Dänemark..... | 37 |
| Gisa Bauer: „Zehn Jahre danach Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft“. Wissenschaftliches Kolloquium vom 28. bis 29.10.1999 in Leipzig | 38 |
| Nachrichten | |
| Aus der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte: | |
| Neuerscheinungen | 43 |
| Hinweis auf das Kirchliche Jahrbuch der EKD | 46 |
| Hinweis auf Restexemplare: | |
| „Inventar staatlicher Akten zum Verhältnis von Staat und Kirche“ | 47 |
| Aus der Kommission für Zeitgeschichte | 47 |
| Aus den landeskirchlichen Vereinigungen für Kirchengeschichte..... | 48 |
| Hinweise auf Veröffentlichungen..... | 55 |
| Vorschau auf Akademietagungen 2000..... | 57 |

Titelblatt



ZB 2082-18

Nachruf

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte betrauert den Tod ihrer stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Prof. Dr. Leonore Siegele-Wenschkewitz, die am 17. Dezember 1999 im Alter von 55 Jahren in Frankfurt/Main verstarb.

Frau Siegele-Wenschkewitz, 1944 in Belgard/Pommern geboren, war eine der ersten Wissenschaftlerinnen, die sich mit der Erforschung der Kirchlichen Zeitgeschichte befaßten. Nach dem Studium von Musikwissenschaft, Kirchenmusik, Philosophie, Latein und Evangelischer Theologie promovierte sie als Schülerin Klaus Scholders 1972 mit einer Arbeit über die Religionspolitik von Staat und NSDAP bis 1935, die 1974 unter dem Titel „Nationalsozialismus und Kirchen“ veröffentlicht wurde. Frau Siegele-Wenschkewitz war bis 1979 Assistentin Scholders am Lehrstuhl für Kirchenordnung und Kirchliche Zeitgeschichte in Tübingen, ab 1983 wirkte sie als Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Arnoldshain. 1984 wurde sie Pfarrerin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau; 1990 habilitierte sie sich an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main, dort wurde sie 1997 zur außerplanmäßigen Professorin ernannt. Seit 1996 war Frau Siegele-Wenschkewitz hauptberuflich als Direktorin der Evangelischen Akademie Arnoldshain tätig.

1985 wurde Frau Siegele-Wenschkewitz als erste Frau Mitglied der vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland berufenen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, seit 1988 deren stellvertretende Vorsitzende. Zusammen mit Joachim Mehlhausen, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, zeichnete Frau Siegele-Wenschkewitz als Mitherausgeberin der Publikationsreihe „Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte“ verantwortlich. 1996 wurde sie Mitglied des vom Rat der Evangelischen Kirche beigeordneten Wissenschaftlichen Beirats „Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland“. Seit der schweren Erkrankung des Vorsitzenden im Herbst 1998 amtierte sie als geschäftsführende Vorsitzende sowohl der Arbeitsgemeinschaft als auch des Wissenschaftlichen Beirats.

Wenn sich die Forschungstätigkeit von Frau Siegele-Wenschkewitz später auch auf andere Themen ausweitete, etwa die historische und kirchenhistorische Frauenforschung sowie das Verhältnis von Christentum und Judentum, so blieb sie doch immer der Kirchlichen Zeitgeschichte verbunden. Mit einer Fülle von eigenen Studien, begleitenden Herausgeberschaften, vor allem aber mit von ihr initiierten und geleiteten Akademie-Tagungen und -Symposien hat Frau Siegele-Wenschkewitz wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Kirchliche Zeitgeschichte in der theologischen Wissenschaft und in der Diskussion mit der allgemeinen Geschichtswissenschaft als eine eigenständige Disziplin profilierte und festigte.

Schwerpunktmäßig befaßte sich Frau Siegele-Wenschkewitz mit der nationalsozialistischen Religionspolitik, der Geschichte der Wissenschaftsdisziplin Evangelische Theologie und Evangelisch-Theologischer Fakultäten im 20. Jahrhundert sowie mit der Geschichte der Kirchen im geteilten Deutschland. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten problemorientierte Studien über Persönlichkeiten der Kirchlichen Zeitgeschichte, etwa Karl Fezer, Gerhard Kittel, Martin Niemöller und Hanns Rückert.

In Würdigung ihrer wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Verdienste wurde Frau Siegele-Wenschkewitz 1999 der Edith-Stein-Preis verliehen. Trotz ihrer schweren Erkrankung konnte Frau Siegele-Wenschkewitz nur wenige Wochen vor ihrem Tode die Kraft

aufbringen, sich mit einer Rede „Heiligsprechung und Selbstkritik. Plädoyer für ein angemessenes Gedenken an Edith Stein“ in Göttingen für diesen Preis bedanken.*

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte dankt Frau Siegele-Wenschkewitz für ihre langjährige sachkundige Mitarbeit, in Sonderheit aber für ihr energisches und umsichtiges Engagement, mit dem sie bis zuletzt den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft und des Wissenschaftlichen Beirats geführt hat.

Prof. Dr. Carsten Nicolaisen, Geschäftsführer der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, München.

* Der Preis wurde ihr am 24.10.1999 verliehen. In seiner Laudatio würdigte Domkapitular Prof. Joop Bergsma die Preisträgerin, die sich im Sinne Edith Steins durch „Grenzüberschreitungen“ ausgezeichnet und sich mit der Kirchlichen Zeitgeschichte „so kritisch wie möglich und so solidarisch wie nötig“ beschäftigt habe. Die Ansprachen sind nun in einer vom Edith-Stein-Kreis in Göttingen herausgegebenen Broschüre nachzulesen.

Verabschiedung von Carsten Nicolaisen und Helmut Zeddies

Würdigung durch Leonore Siegele-Wenschkewitz auf der Mitgliederversammlung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte am 23. Juli 1999 in Koblenz

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Sie der Tagesordnung für diese Mitgliederversammlung entnehmen konnten, haben wir von zwei Kollegen Abschied zu nehmen, die in diesem Jahr in den Ruhestand treten: von dem langjährigen Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, Herrn Akademischen Direktor Dr. Carsten Nicolaisen sowie von Herrn Oberkirchenrat Dr. Helmut Zeddies, der seit dem Dezember 1994 als „Ansprechperson“ – wie es in dem amtlichen Schreiben des theologischen Vizepräsidenten der EKD an den Vorsitzenden hieß – für die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte im Kirchenamt der EKD die mit der Kirchlichen Zeitgeschichte verbundenen Aufgaben übertragen bekam und seitdem wahrgenommen hat.

Ehe wir Herrn Greschat mit einem akademischen Festvortrag zu Ehren der beiden Kollegen zu Wort kommen lassen, möchte ich mit einigen Worten Rückblick auf ihre Mitarbeit in der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte halten und ihr Engagement in der Kirchlichen Zeitgeschichtsforschung und für die Weiterentwicklung Kirchlicher Zeitgeschichte in Erinnerung bringen. Wir haben allen Anlaß, beiden Kollegen dafür unseren Dank abzustatten, und ich tue dies gern in Ihrer aller Namen.

Ich möchte meiner besonderen Freude darüber Ausdruck geben, daß bei dieser Verabschiedung sinnfällig deutlich wird, wie die Arbeitsgemeinschaft durch die „Wende“, die Aufhebung der Teilung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten und ebenso der Kirchen in Ost und West, bereichert worden ist, durch die nun ganz andere Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus den östlichen Bundesländern und Gliedkirchen. Herr Nicolaisen steht für eine lange Tradition von Kirchenkampf- und Kirchlicher Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Herr Zeddies hat maßgeblich den Weg der Kirchen in der DDR mitgestaltet und wissenschaftlich dokumentiert und reflektiert.

Seit Anfang der 90er Jahre (1992) können wir in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenarbeiten und so die unterschiedlichen Erfahrungen und Zugeweisen für die Kirchliche Zeitgeschichte fruchtbar machen. Dafür sind wir dankbar.

Zunächst richte ich meine Worte an Sie, lieber Herr Nicolaisen, da Sie in der Arbeitsgemeinschaft seit mehr als 35 Jahren Ihren Dienst getan haben. Sie sind am 4. April 1934 in Hamburg geboren und haben nach dem Abitur in Husum in Göttingen und Hamburg zwischen 1954 und 1959 Evangelische Theologie, Germanistik, Philosophie und Pädagogik studiert. Danach haben Sie – unterbrochen durch einen beinahe einjährigen Auslandsaufenthalt in Schweden – die beiden Staatsexamina für das Lehramt an Höheren Schulen abgelegt. Nach einer kurzen Zeit als Studienassessor in Ahrensburg nahmen Sie 1963 die Mitarbeit bei der damals noch so genannten „Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes“ in Hamburg auf, die bis 1964 von Kurt Dietrich Schmidt und dann bis 1971 von Ernst Wolf geleitet wurde. 1966 erwarben Sie den theologischen Doktorgrad in Hamburg mit einer Dissertation über „Die Auseinandersetzungen um das Alte Testament im Kirchenkampf 1933–1945“. Zum 1. August 1967 wechselten Sie aus dem hohen Norden in den Süden Deutschlands über und traten eine Stelle als wissenschaftlicher Assistent am

Institut für Kirchengeschichte in München an. 1974 wurden Sie zum Akademischen Rat, 1980 zum Akademischen Oberrat und 1993 zum Akademischen Direktor ernannt.

Obwohl Ihre Haupttätigkeit per definitionem zu 80% in die Universitätsanstellung einfließen sollte, haben Sie de facto gerade umgekehrt 20% für die Universität München und 80% Ihrer Tätigkeit für die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte verwandt. Aus dem Status eines wissenschaftlichen Mitarbeiters wurde in den 70er Jahren die Aufgabenzuweisung eines Geschäftsführers. Als solcher oblag Ihnen:

- die Unterstützung der Vorsitzenden bei ihren Aufgaben;
- die Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und der Sitzungen des Ständigen Ausschusses;
- die Koordination von Arbeitsgruppen der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte;
- die Haushaltsaufstellung und Jahresabrechnung;
- die Bibliotheksführung im ganzen Umfang sowie
- die Betreuung der archivalischen Sammlung.

Sie haben in großem Umfang wissenschaftliche Forschungsvorhaben im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte durchgeführt: erinnert sei an die gemeinsam mit Hannelore Braun erarbeitete Edition der Stenographischen Aufzeichnungen und Mitschriften des bayrischen Landesbischofs Hans Meiser, von denen bisher 2 Bände vorliegen, oder an die beiden gewichtigen, mit Nora Andrea Schulze bearbeiteten Bände der Edition der Ratsprotokolle zwischen 1945 und 1948 sowie an die vier, z.T. gemeinsam mit Gertraud Grünzinger erarbeiteten Bände „Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches“. Intensiv sind Sie daran beteiligt, dem komplexen und aufwendigen Projekt eines „Handbuchs zur Organisation der deutschen evangelischen Kirchen 1919–1949“ zum Erscheinen und geglückten Abschluß zu verhelfen.

Seit 1984 haben Sie das Kirchliche Jahrbuch der EKD mit einer Bibliographie für Kirchliche Zeitgeschichte versehen. Sie haben wichtige beachtete wissenschaftliche Tagungen und Symposien der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte mit vorbereitet und die Ergebnisse dokumentiert und herausgegeben. Indem Sie gemeinsam mit Ihren Kolleginnen die redaktionelle Betreuung der Publikationen, die in den Reihen der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte erscheinen, übernahmen, haben Sie als Münchner Team Generationen von Doktorandinnen und Doktoranden durch methodische Genauigkeit und editorische Sorgfalt in die hohe Schule der Verfertigung von Druckmanuskripten eingeführt. Die „Mitteilungen der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte“ sind von Ihnen konzeptioniert und redigiert worden, und nicht zuletzt standen Sie für Anfragen – die Kirchliche Zeitgeschichte betreffend – aus dem In- und Ausland zur Verfügung.

Diese beeindruckende Leistungsbilanz als Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte wird überboten durch eine Fülle von Veröffentlichungen, die Sie gewissermaßen ‚privat‘ in Ihrer Freizeit erarbeitet haben. Ein Standardwerk ist Ihre Studie „Der Weg nach Barmen“ geworden, indem sie am Beispiel der Barmer Theologischen Erklärung eine fundamentale Einführung in die Probleme und Konstellationen der Situation der evangelischen Kirche zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft darstellt.

Deshalb ist es kein Zufall, daß die Ihnen zum 60. Geburtstag zugeeignete Festschrift mit ihrem Titel „... und über Barmen hinaus“ an Ihre Forschungen zu Barmen anknüpft. Die 1995 in den Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte erschienene, von Joachim Mehlhausen herausgegebene Festschrift enthält 37 Beiträge und dokumentiert damit, in wie hohem Maß Sie mit Kolleginnen und Kollegen in Ihrer Forschungsarbeit verbunden und vernetzt sind.

Wir stehen vor einer imponierenden Lebensleistung, die Maßstäbe setzt und dazu beigetragen hat, das Ansehen der Kirchlichen Zeitgeschichte im akademischen und kirchlichen Kontext zu befördern. Die meisten Ihrer Arbeiten sind im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte durchgeführt worden. Dafür schuldet Ihnen unsere Arbeitsgemeinschaft aufrichtigen Dank, den ich Ihnen als amtierende Vorsitzende – unterstützt von den hier Anwesenden – gern ausspreche.

Ich möchte ein persönliches Wort hinzufügen: diese außergewöhnliche Lebensleistung haben Sie erbracht trotz Krankheit und schwerer gesundheitlicher Gefährdung. Immer wieder haben Sie die Kraft aufgebracht, die Verantwortung für die vielfältigen Aufgaben wahrzunehmen, die Projekte weiterzuführen, die an der Münchner Geschäftsstelle übliche vertrauensvolle und sachkundige gute Kooperation mit Ihren Kolleginnen, den Vorsitzenden, dem Ständigen Ausschuß, den Mitgliedern der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte und des Wissenschaftlichen Beirats sowie den national und international vielfältig geknüpften Verbindungen aufrecht zu erhalten.

Wir wünschen uns sehr, daß auch im Ruhestand diese Verbindungen nicht gänzlich abreißen mögen. Vorerst haben Sie uns Ihre Weiterarbeit als Geschäftsführer auch nach Ihrer Pensionierung als Akademischer Direktor* zugesagt, bis eine Nachfolgeregelung getroffen ist. Dies ist in der jetzigen Zeit des Übergangs ein generöses und willkommenes Angebot, das wir gern nutzen.

Gott gebe Ihnen sein gutes Geleit beim Übergang von einem intensiven Berufsleben in einen hoffentlich mehr selbstbestimmten und Sie und Ihre liebe Frau auch zu geruhssamer Beschaulichkeit führenden Ruhestand!

Lieber Herr Zeddies,

das offizielle Anschreiben des theologischen Vizepräsidenten der EKD vom 4. Dezember 1995, in dem er mitteilt, „daß im Geschäftsverteilungsplan die Zuständigkeit für die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte aus meiner Abteilung herausgenommen wird und auf Herrn Oberkirchenrat Dr. Helmut Zeddies übergeht“, hat formal die Zusammenarbeit mit Ihnen in den vergangenen vier Jahren begründet. Die tatsächliche Zusammenarbeit hingegen hat schon früher begonnen: So haben Sie bereits am Symposium der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte über „Die evangelischen Kirchen und der SED-Staat – ein Thema kirchlicher Zeitgeschichte“, das vom 12.–14. Oktober 1992 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain stattfand, teilgenommen. Und beim Symposium unserer Arbeitsgemeinschaft zum 60. Geburtstag von Herrn Mehlhausen im Juni 1994 in Erfurt hielten Sie ein grundlegendes Referat über „Kirchliche Zeitgeschichtsforschung und kirchenleitendes Handeln“. Das Thema dieses Referats soll auch der Leitgedanke für die Worte des Danks, die Anerkennung und Würdigung des heutigen Abends sein.

Helmut Zeddies, den wir in erster Linie als Repräsentanten des Wegs der Kirchen in der DDR und der inzwischen sogenannten ‚östlichen Gliedkirchen‘ sehen, stammt jedoch aus dem Nordwesten Deutschlands. Die Familie war über Generationen als Landwirte in der Nähe von Hameln ansässig; Helmut Zeddies wurde am 11. August 1935 „eher zufällig“ – wie er selbst sagt – in Hannover geboren. Die Eltern waren gerade auf dem Weg nach Güstrow, ihrem neuen Wohnort. Nach dem Abitur nahm er 18-jährig 1953 sein Theologiestudium in Rostock auf. Daß er – aus der Familientradition ausbrechend – Theologe werden wollte, wußte er bereits als 16jähriger. Schon als Schüler engagierte er sich in der Jungen

* Am 2.12.1999 ehrte die Ludwig-Maximilians-Universität München Dr. Carsten Nicolaisen mit der Verleihung einer Honorarprofessur. Herr Nicolaisen hielt seine Antrittsvorlesung zum Thema „Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Die bayerische Landeskirche im ‚Dritten Reich‘“.

Gemeinde und wurde deshalb von der Schule verwiesen. Eine unangenehme Auseinandersetzung mit den staatlichen Behörden folgte. Dies durchgestanden zu haben, prägte ihn bis heute, sagt er: „Das schafft Selbstbewußtsein“.

Fünf Jahre hat Helmut Zeddies Theologie in Rostock studiert; es folgten das Vikariat und das Predigerseminar in Güstrow; sechs Jahre lang war er Pfarrer in Kritzkow bei Güstrow, bis er 1965 als theologischer Referent ins Lutherische Kirchenamt Berlin eintrat. Ab 1970 arbeitete er zugleich beim neugegründeten Bund der evangelischen Kirchen in der DDR. In diesen beiden Funktionen war er Sekretär der Anfang der 70er Jahre von der VELK und dem DDR-Bereich der Evangelischen Kirche der Union eingesetzten Kommission für theologische Lehrgespräche. Gleichzeitig war er an der Ausarbeitung der Leuenberger Konkordie der reformatorischen Kirchen Europas beteiligt, die zur Kirchengemeinschaft zwischen lutherischen und reformierten Kirchen geführt hat.

Von 1975 an war er Leiter des Lutherischen Kirchenamts und Geschäftsführer des Nationalkomitees des Lutherischen Weltbunds in der DDR und seit Juni 1986 Sekretär der Kirchenbundskommission für theologische Grundsatzfragen.

Für die Bearbeitung vor allem von Grundsatzfragen die Ekklesiologie und Kirchenordnung betreffend war er deshalb prädestiniert, indem er 1976 zu Fragen der theologischen Bedeutung von Kirchenvereinigungen promoviert hatte. In wissenschaftlicher und praktischer Arbeit widmete er sich der Aufgabe, den Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen in der DDR so neu zu ordnen, daß er sich zu einer „Vereinigten evangelischen Kirche in der DDR“ umwandelt und damit die konfessionellen Teilzusammenschlüsse VELK-DDR und EKU überflüssig werden. Ein Teilziel hatte er 1988 erreicht, als sich die VELK auflöste, doch mit der Wende erblühten bekanntlich die konfessionellen Zusammenschlüsse zu neuem Leben. Nach der Auflösung der VELK 1988 wurde Helmut Zeddies stellvertretender Leiter, 1991 als Nachfolger von Oberkirchenrat Martin Ziegler Leiter des Sekretariats des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR und im selben Jahr aufgrund des Eingehens der östlichen Gliedkirchen in die EKD Leiter der Berliner Außenstelle der EKD. Die Tage der Berliner Außenstelle sind gezählt, denn gemäß einem Beschluß des Rats der EKD wird sie parallel zum Regierungsumzug und zur Übersiedlung des EKD-Bevollmächtigten bei der Bundesregierung von Bonn nach Berlin aufgelöst.

Diese Daten sollen um einige Themen ergänzt werden, die Helmut Zeddies in seinem Wirken für Kirche und Theologie wichtig gewesen sind: Es sind nicht allein Fragen der Strukturreform der evangelischen Kirchen, die ihn umtrieben und beschäftigten, sondern zentral war und ist für ihn die Frage nach der Einheit der Kirche und Gemeinsamkeit kirchlichen Handelns, die sich für ihn in einem Zeitalter zunehmender Säkularisierung und Postkonfessionalität stellt. Nach der so rasch hergestellten Einheit in Staat und Kirche mahnt er an, die Unterschiedlichkeit nicht nur der Geschichte der Kirchen in Ost und West, sondern auch der Gegenwart kirchlichen Lebens in Ost und West ernstzunehmen, damit Einheit und Gemeinsamkeit nicht nur auf dem Papier stehen, sondern in den Lebensvollzügen auch wachsen können. Als Mitinitiator und Vordenker, eine kritische Bestandsaufnahme und angemessene Perspektive für die evangelischen Kirchen in den östlichen Gliedkirchen zu entwickeln, hat er sich hervorgetan bei der Konzeptionierung des Diskussionspapiers „Minderheit mit Zukunft“, das kompromißlos beschrieb, daß das Modell „Volkskirche“ im Osten nicht trägt und die evangelische Kirche sich als Minderheit vorfindet – als eine qualifizierte Minderheit allerdings, die Chancen einer öffentlichen Wirksamkeit dennoch nach wie vor hat. Inzwischen hat er im April dieses Jahres zusammen mit einem Studienkreis erneut einen Grundsatztext vorgelegt: „Kirche mit Hoffnung – Leitlinien künftiger kirchlicher Arbeit in Ostdeutschland“, das als Leitbild eine „Beteiligungskirche“ befördern will.

Verstehe ich den Begriff „Beteiligung“ im Zusammenhang mit Helmut Zeddies' bisherigem Engagement recht, bedeutet „Beteiligung“ keineswegs nur, mit einer schwindenden Zahl von Hauptamtlichen im kirchlichen Dienst damit fertig zu werden, daß Menschen ehrenamtlich beteiligt werden, eine kirchliche Grundversorgung aufrecht zu erhalten. Vielmehr geht es Helmut Zeddies immer darum, seinem ekklesiologischen Verständnis gemäß die Kirche in ihrer Beteiligung am öffentlichen Leben, als Gegenüber des Staats und als Teil der jeweiligen Gesellschaft, mit der sie Schnittmengen hat, in der sie aber nicht gänzlich aufgehen darf, ernst zu nehmen. Von diesem Konzept von „Beteiligung“ her, das sein gesamtes theologisches und kirchliches Wirken kontinuierlich durchzieht, sind Themen wie die Bedeutung von Menschenrechten, Religionsfreiheit und Toleranz, der Dialog von Christen und Marxisten, von Christen und Nichtchristen, kirchliche Seelsorge an Soldaten, eine angemessene Form von religiöser Bildung durch die Kirchen bereits in den Zeiten der DDR für ihn relevant gewesen, haben aber ihre Relevanz heute für ihn nicht eingebüßt.

In dem schon erwähnten Referat zum 60. Geburtstag von Joachim Mehlhausen über „Kirchliche Zeitgeschichtsforschung und kirchenleitendes Handeln“ hat Helmut Zeddies daran erinnert, daß der Bund der evangelischen Kirchen in der DDR eine Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte eingerichtet hatte, weil sie für kirchenleitendes Handeln als ein Gewinn erschien. Dies Projekt des Bundes war getragen von der Einsicht, „daß wichtige Ereignisse und Entscheidungen in den ostdeutschen Kirchen für die Geschichtsschreibung gesichert werden müssen und dazu nicht nur auf die Erinnerung der handelnden Personen angewiesen bleiben dürfen...“. Aus der damals begonnenen Arbeit, den noch zu DDR-Zeiten gesicherten und verwahrten Quellen kann so erschlossen werden, wie die Kirchen sich selbst und ihre Aufgabe in der Zeit der DDR verstanden haben. Dazu merkte Helmut Zeddies an, „daß Kirche in der DDR nicht zu begreifen ist, wenn sie nur als Objekt staatlicher Einflußnahme und Differenzierungspolitik gesehen wird. Die Kirchen sollten deutlich machen, daß sie sehr wohl fähig waren, in der Auseinandersetzung mit einem machtbesessenen Staat und mit einer ihn beherrschenden Partei ihren Weg selbst zu bestimmen, auch wenn das mit Versuchung und Irrtum verbunden war. Um ihrer Identität und ihrer Geschichte willen sollten die Kirchen sich darum bemühen. Dies ist der Beitrag, den sie für die Kirchliche Zeitgeschichtsforschung leisten können, gewissermaßen das Material für ihre Arbeit so umfassend wie möglich bereit zu stellen“.

Es ist sicher kein Zufall, daß in die Zeit der Zuständigkeit von Helmut Zeddies für die Kirchliche Zeitgeschichte die Berufung eines wissenschaftlichen Beirats zur Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland und die Förderung wichtiger Forschungsprojekte durch die EKD fällt. Und ich möchte besonders hervorheben, daß der Perspektiven- und Konzeptionswechsel von einem Forschungsprojekt über „Staat und Kirche in der DDR“, das die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte 1992 aufnahm, zu einem 1996 begonnenen Projekt über „Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland“ sicher bei Helmut Zeddies auf ungeteilte Zustimmung traf. Denn bereits 1992 hatte er in einem Vortrag bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim grundsätzlich festgestellt: „Wir werden lernen müssen, unsere Vergangenheit als ein Stück gemeinsamer Geschichte zu begreifen, die wohl an unterschiedlichen Orten erlebt wurde und darum auch nicht ohne weiteres nachvollziehbar ist, die aber trotz Trennung und Systemdifferenz immer aufeinander bezogen war, gerade auch in den Kirchen. Das macht die Spannung im Umgang mit unserer Vergangenheit aus“. Mit diesen Worten ist der heute so genannte komparatistische Ansatz bereits eingefordert worden.

All dies, lieber Herr Zeddies, haben Sie als zuständige „Ansprechperson“ der EKD in die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte eingebracht. Wir danken Ihnen für Ihre stets offene Ansprechbarkeit, daß Sie die

Förderung Kirchlicher Zeitgeschichte auch in den Zeiten knapper werdender Finanzen engagiert zu Ihrer eigenen Sache gemacht haben und nicht zuletzt danke ich Ihnen, daß Sie Ihre Erfahrungen und hohe Sachkompetenz für die Zusammenarbeit haben fruchtbar werden lassen. Es war mir stets eine Freude und Ehre, mit Ihnen zusammen zu arbeiten.

Gott segne Ihren Übergang in den Ruhestand, der Ihnen nach Ihren Wünschen mehr Zeit für die große Familie gewähren möge. Aber wir Zurückbleibenden wünschen uns, daß Sie uns als Weggefährte und Vordenker zuweilen auch noch zur Seite stehen.

Festvortrag von Martin Greschat:

Kontinuität und Krisen. Der deutsche Protestantismus in den 60er Jahren

I. Volkskirche im Wandel

Im Dezember des Jahres 1967 erschien im „Spiegel“ die große Emnid-Untersuchung „Was glauben die Deutschen?“. Die Veröffentlichung erregte beträchtliches Aufsehen und stieß eine intensive Diskussion an. In diesem Zusammenhang wurde dann im Sommer 1968 der Text der Studie mit fünf ausführlichen Kommentaren von katholischen und evangelischen Theologen ediert.¹ An diesen Stellungnahmen ist zum einen die durchgängige Charakterisierung der religiös-kirchlichen Situation als „Krise“ bemerkenswert und zum andern die insgesamt optimistische Überzeugung, mit den anstehenden Problemen durch „Diskussion“ und einen offenen Dialog rationaler Argumentation sowie durch die Mitteilung von mehr und besseren Informationen fertig werden zu können. Inhaltlich konstatierten sämtliche Autoren eine unübersehbare Individualisierung hinsichtlich der Akzeptanz sowohl der dogmatischen als auch der ethischen Grundsätze beider großen Konfessionskirchen. Interessanterweise handelte es sich dabei jedoch kaum noch um das alte Gefälle von kirchlich-theologischem Sachwissen hin zu einer religiös-konfessionellen Schwundstufe, sondern um die bewußte individuelle Aneignung dessen, was die Zeitgenossen als glaubwürdig ansahen. Man wählte hier und verwarf da, was man als wesentlich oder doch einleuchtend anzuerkennen bereit war.

Selbstverständlich kulminierten in einer solchen Einstellung – nun vor allem bezogen auf den Protestantismus – sehr unterschiedliche religiöse und soziale, kirchliche und politische Faktoren. Zwei Beispiele mögen genügen, um die Bandbreite des Problems zumindest anzudeuten. Eine 1964/65 durchgeführte Untersuchung von Gottesdienstgemeinden in einer württembergischen Stadtregion kam zu dem Ergebnis, daß die regelmäßigen Besucher keineswegs einer bestimmten sozialen Gruppe angehörten, auch nicht eine entsprechende Kompensation suchten, sondern daß sie „das egozentrische Erbauungsbedürfnis, das Bedürfnis nach Anonymität und zweckbestimmten Kontakten“ leitete.² Man mag diese Individualisierung als ein neuartiges Bedürfnis nach Versachlichung und Privatisierung charakterisieren. Doch dahinter stand faktisch auch eine lange Tradition bürgerlich-protestantischer Frömmigkeit. Eine andere Dimension des Individualisierungsprozesses wird durch den in derselben Zeit eindeutig zutage tretenden Wandel der Erziehungsziele markiert³. Um „Gehorsam“ ging es nun immer weniger, die demoskopisch ermittelte Zustimmung zu diesem Wert sank im Verlauf der sechziger Jahre kontinuierlich von etwa 30

¹ Was glauben die Deutschen? Die Emnid-Umfrage. Ergebnisse, Kommentare. Hg. von Werner Harenberg. München/Mainz 1968.

² Lohse, Jens Martin: Kirche ohne Kontakte? Beziehungsformen in einem Industrieraum. Berlin 1967, S. 182.

³ Klages, Helmut: Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs. Untersuchungen zum Einsetzen des Wertewandels in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren. In: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Hg. von Karl Dietrich Bracher. Berlin 1992, S. 518f.

auf rund 15 Prozent. Während sich in demselben Zeitraum durchgängig mehr als 40 Prozent der Befragten für die Erziehung zur „Ordnungsliebe“ aussprachen, stieg die Zustimmung zur „Selbständigkeit“ von knapp 30 auf über 45 Prozent.

Im religiös-kirchlichen Bereich erwuchs aus dieser schnell voranschreitenden Individualisierung die Erfahrung eines beträchtlichen Pluralismus innerhalb der eigenen Konfession. Auch diese Erfahrung hatte im Protestantismus bereits eine längere, auch bittere Tradition. Seit dem 19. Jahrhundert existierten vor allem zwischen liberalen und „positiven“ Protestanten häufig klare und nicht selten schroffe Abgrenzungen. Diese Gegensätze bestanden weiter, sie verschärften sich zum Teil sogar noch. Doch gleichzeitig relativierte sich nun zunehmend die Akzeptanz kirchlicher Lehraussagen oder löste sich völlig auf. Daraus konnte dann eine echte ökumenische Gesinnung insbesondere gegenüber den Katholiken ebenso erwachsen wie die Vergleichsgültigung sämtlicher kirchlich-theologischer Positionen. Die selbstgewählte Möblierung des eigenen religiösen Haushaltes brachte sowohl Selbstsicherheit und Selbstgerechtigkeit als auch tiefe Verunsicherungen im Blick auf die Bewältigung von Kontingenzerfahrungen wie auch der alltäglichen Orientierung mit sich. Und schließlich verlor die Kirche, gerade unter Protestanten, im Verlauf dieser Entwicklung schnell weiter an Weisungs- und Leitungskompetenz, mithin an Vertrauen und Ansehen unter ihren Mitgliedern.

Diese wenigen Andeutungen verweisen auf die größeren Zusammenhänge, in denen die Phänomene Religion, Kirche und Konfession zu verorten sind. Denn nicht nur *sie* veränderten sich unübersehbar in jenem Jahrzehnt, sondern die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt. Im Blick darauf hat Hermann Rudolph von dem „großen Umbau der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse“ gesprochen.⁴ Dazu gehörte auch die Studentenbewegung. Aber der Umbruch reichte zum einen erheblich weiter, und er ging zum andern beträchtlich tiefer. Nicht allein ein Wandel der Öffentlichkeit ließ sich konstatieren, sondern eine massive Verschiebung der „Orientierungslinien des öffentlichen Bewußtseins“.⁵ Dazu gehörte das Drängen auf Rationalität, Modernisierung und Effizienz ebenso wie die Faszination, die von Planungen und konstruktiven Entwürfen ausging. Gleichzeitig warf jede Gruppe der anderen „Immobilismus“ vor. In der Tat läßt sich die Geschichte jener Jahre nur schreiben, wenn man auch etwas „weiß von der gereizten Spannung, dem fiebrigen, auf Veränderung drängenden Meinungsklima, das damals alle Handelnden empfanden“.⁶ Im Blick auf den Protestantismus und die evangelische Kirche bedeutet das: Innerhalb weniger Jahre, nämlich von der Mitte der sechziger bis zum Ende des Jahrzehnts – und natürlich darüber hinaus – vollzog sich eine offenkundige und zunehmend rasante Veränderung der religiösen und kirchlichen Rahmenbedingungen.

II. Andere Stimmführer

Dieser Prozeß einer tiefgreifenden und umfassenden Veränderung der volkswirtschaftlichen Struktur ist die eine Seite der Realität. Ihr korrespondierte andererseits ein seit den späten fünfziger Jahren deutlicher Wandel auch der Stimmführerschaft in der evangelischen Kirche. Insofern begannen auch hier die sechziger Jahre in den fünfzigern.⁷ Die Kirchlichen Bruderschaften, die bis dahin theologisch und kirchenpolitisch – und durchaus auch poli-

⁴ Rudolph, Hermann: Eine Zeit vergessener Anfänge: Die sechziger Jahre. In: Politische Kultur und deutsche Frage. Hg. von Werner Weidenfeld. Köln 1989, S. 61.

⁵ Ebd., S. 65.

⁶ Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Verklärung. Adenauer und die öffentliche Meinung 1949–1976. In: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft. Hg. von Dieter Blumenwitz u.a. Stuttgart 1976, S. 527.

⁷ Vgl. dazu besonders: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Hg. von Axel Schildt/Arnold Sywottek. Bonn 1993.

tisch – eine wesentliche Rolle innerhalb und außerhalb der evangelischen Kirche gespielt hatten, verloren in dieser Öffentlichkeit nun zunehmend an Resonanz.

Diese Kirchlichen Bruderschaften bzw. Arbeitskreise Kirchlicher Bruderschaften waren 1957 in der Bundesrepublik gegründet worden, um alle jene Kreise und Kräfte zu sammeln, die auf dem Boden der Erfahrungen des vorangegangenen Kirchenkampfes gegen den Nationalsozialismus im Sinne der Theologie Karl Barths die politische Entwicklung in Deutschland generell und in den beiden deutschen Staaten besonders kritisch begleiten wollten.⁸

Innerhalb dieser Kreise fehlte es nicht an beträchtlichen Spannungen und Konflikten. Drängten etwa die einen auf Aktionen, forderten die anderen grundsätzliche, insbesondere theologische Reflexionen. Der 1958 eskalierende und in einer großen Öffentlichkeit ausgetragene Streit über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr spielte als Katalysator eine wichtige Rolle. Ein Beispiel dafür bietet die alsbald als „Atomsynode“ charakterisierte Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im April 1958 in Berlin-Spandau. Sie endete allerdings nach leidenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der sogenannten „Ohnmachtsformel“. Obwohl man die gegensätzlichen Auffassungen nicht habe überwinden können, gelte doch, hieß es zuletzt: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.“⁹

Mit welcher Erbitterung der Streit in Berlin-Spandau geführt wurde, belegen die von der rheinischen und westfälischen Bruderschaft im März 1958 veröffentlichten 10 Artikel. Sie warfen der Bundesregierung ziemlich unverblümt die Mitwirkung an der Vorbereitung eines Atomkrieges vor, forderten die kompromißlose Ächtung aller Atomwaffen und schlossen: „Ein gegenteiliger Standpunkt oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.“¹⁰ Mit dieser Proklamation war allerdings der Bogen überspannt. Auch innerhalb der Bruderschaften meldeten sich nun kritische Stimmen zu Wort. So konstatierte z.B. Hermann Diem, Mitglied der Württembergischen Theologischen Sozietät und Professor für Systematische Theologie in Tübingen: Man habe weithin den Kontakt zu den Gemeinden und insbesondere zur jüngeren Theologengeneration verloren. Und politisch sei das Konzept der „dritten Kraft“ umfassend gescheitert: „Damit haben wir, abgesehen davon, wie weit der Osten uns nur politisch ausbeutete, im Westen jede Wirkungsmöglichkeit verspielt. Durch beides zusammen sind wir als ‚Bruderschafts-Front‘ jedenfalls in bezug auf die Wahrnehmung unserer politischen Verantwortung steril geworden.“¹¹

Die Kommission, die nach dem Scheitern der EKD-Synode im April 1958 eingesetzt worden war, um vielleicht doch noch eine Übereinkunft zu erzielen, tagte unter dem Vorsitz des Tübinger Juristen Ludwig Raiser einige Male erfolglos.¹² Die USA dachten nicht daran, ihre Verfügungsgewalt über die Atomwaffen mit den Verbündeten zu teilen. Die NATO entwickelte eine neue, flexiblere Abwehrstrategie. Und im Zusammenhang mit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows drängten andere politische Probleme in den Vordergrund. Zu diesem Abklingen der innerkirchlichen Kontroverse über die atomare Bewaff-

⁸ Wolf, Ernst: Zur Geschichte der Kirchlichen Bruderschaften. In: *Communio Viatorum* 5, 1962, S. 42–56.

⁹ Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954–1969. Dokumente und Kommentare (Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte. 3). München 1981, S. 139.

¹⁰ Ebd., S. 84. Die neue Fassung dieser Artikel vom 4.10.1958 (vgl. ebd., S. 97f.) argumentierte zwar etwas vorsichtiger, beharrte jedoch auf dem Absolutheitsanspruch.

¹¹ Hektographierter Text, 5 Seiten. Vorhanden im Archiv der sozialen Demokratie, undatiert. Ein Zitat, das sich fast wörtlich in einem 1961 von Ernst Käsemann veröffentlichten Aufsatz findet (Grundsätzliches zur Interpretation), macht die Datierung der Ausführungen Diems in diese Zeit sehr wahrscheinlich.

¹² Auszüge aus den Zwischenberichten der Kommission in: Atomwaffen und Ethik (Anm. 9), S. 139–142; EZA 87/1104. Im Sommer 1967 wurde die Kommission offiziell aufgelöst (EZA 2/2619).

nung trug allerdings die Tatsache nicht unerheblich bei, daß in der Zwischenzeit von einem anderen Ausschuß ein Konzept vorgelegt worden war, die sogenannten elf „Heidelberger Thesen“.¹³ Erarbeitet hatten sie seit 1957 ein von der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg gebildeter unabhängiger Kreis aus Naturwissenschaftlern und Juristen, Historikern sowie Theologen. Die Anregung zu diesem Unternehmen war vom Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesrepublik in Bonn, Hermann Kunst, ausgegangen. Seit Kunst auch die Funktion des evangelischen Militärbischofs ausübte, hatte er die Bildung eines eigenständigen wissenschaftlichen Gremiums vorangetrieben, das ihn im Blick auf sämtliche Fragen, welche die nuklearen Waffen betrafen, beraten sollte. Dabei war dieser Kreis so zusammengesetzt, daß ihm die verschiedenen theologischen Positionen angehörten. Als Vertreter der bruderrätlichen Richtung ließ sich der in Berlin lehrende systematische Theologe Helmut Gollwitzer gewinnen. Es gelang dann dem Naturwissenschaftler und Sekretär des Ausschusses, Günter Howe, sowie vor allem Carl Friedrich von Weizsäcker, Physiker und Philosoph, zu einer Übereinkunft mit Gollwitzer in Gestalt jener elf Thesen zu gelangen.¹⁴ Von grundsätzlicher Bedeutung dafür war die These 6: „Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen *als komplementäres Handeln* zu verstehen.“ Dazu gehörte wesentlich das Eingeständnis, an diesem Punkt keine allgemeingültige ethische Aussage machen zu können.¹⁵ Aus der Gruppe der Mitglieder dieses Ausschusses erwuchs nun jener protestantische Führungskreis, der fähig war, sich in einer breiteren Öffentlichkeit Gehör und Einfluß zu verschaffen. Gestalt gewann dieses Neue im sogenannten „Tübinger Memorandum“.

III. Das Tübinger Memorandum

Unter der Devise „Mehr Wahrheit in der Politik“ hatten im Herbst 1961 acht in der Bundesrepublik Deutschland bekannte und angesehene evangelische Persönlichkeiten eine kurze Denkschrift verfaßt.¹⁶ Darin warfen sie – auf dem Hintergrund der auch durch die „Umarmungsstrategie“ der SPD verursachten weitverbreiteten Unzufriedenheit über die politischen Zustände – sämtlichen Parteien vor, die Realitäten im In- und Ausland gegenüber der Bevölkerung zu verschleiern und dringend gebotene Entscheidungen zu verschleppen. Diese Behauptung begründeten die Autoren an Hand von fünf Themenkreisen: 1. Es gebe keine „aktive Außenpolitik“, die einerseits unbeirrbar an der Verteidigung Westberlins und der Wiedervereinigung Deutschlands im europäischen Kontext festhalte und andererseits gerade deshalb durch den Verzicht auf die Rückgewinnung der Gebiete östlich von Oder und Neiße zur Beruhigung und Normalisierung der Verhältnisse im Osten und Westen beitrage. 2. Geboten sei eine „militärisch effektive, politisch behutsame Rüstungspolitik“, also gerade nicht das laute oder auch leise Drängen der Bundesrepublik auf Mitverfügung über Atomwaffen. 3. Gleichzeitig gelte es, ernsthaft Sorge zu tragen und konkrete Schritte zu unternehmen für „richtig begrenzte, aber energische Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz“. 4. Zur wirksamen Verteidigung gegen den Kommunismus gehörten nicht nur Waffen, sondern eine „planvolle Sozialpolitik“, die sich nicht mit einzelnen zufälligen Maßnahmen und Wahlgeschenken begnüge. 5. Die umfassenden technischen, in-

¹³ Abgedruckt in: Atomwaffen und Ethik, S. 142–148 (Anm. 9), sowie im Studienband der Kommission: Atomzeitalter, Krieg und Frieden. Hg. von Günter Howe. Witten 1959.

¹⁴ Howe berichtete Kunst am 7.1.1959 über die Zuspitzung in der Kommissionsarbeit „zu einem leidenschaftlichen Ringen mit Prof. Gollwitzer, auch aus der Hoffnung heraus, daß eine Einigung möglich sein werde“ (EZA 87/1106).

¹⁵ Weizsäcker legte den Kommissionsmitgliedern Anfang 1960 eine ausführliche Studie vor: „Gibt es komplementäres Handeln?“ (EZA 87/1104).

¹⁶ Für Einzelheiten darf ich auf meinen demnächst in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte erscheinenden Artikel verweisen: „Mehr Wahrheit in der Politik!“ Das Tübinger Memorandum von 1961.

dustriellen und wirtschaftlichen Umbrüche in der Gegenwart verlangten größte Anstrengungen für eine „tiefgreifende Schulreform“.

Weil Teile dieses Textes durch eine Indiskretion im Februar bekannt wurden, veröffentlichten die Autoren das gesamte Memorandum am 24. Februar 1962.¹⁷ Die Wirkung war enorm. Noch am selben Tag brachten einzelne überregionale Tageszeitungen im Westen und Osten Deutschlands Berichte mit z.T. reißerischen Überschriften. Schnell konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf den bitteren und schmerzenden Punkt der Oder-Neiße-Linie. Vor allem darüber wurde in den Medien, den Verbänden und Parteien, aber auch innerhalb der evangelischen Kirche nun intensiv und erbittert gestritten.

Diese Wirkung war natürlich nur möglich, weil die Autoren des Memorandums zur intellektuellen Führungsschicht der Bundesrepublik gehörten. An erster Stelle ist hier der bereits erwähnte Carl Friedrich von Weizsäcker zu nennen, der entscheidend an der Abfassung der Denkschrift beteiligt war. Neben ihm stand Ludwig Raiser, der ebenfalls in vielen anderen Bereichen der Öffentlichkeit wirkte, u.a. als Vorsitzender des Wissenschaftsrates und Präsident der Europäischen Rektorenkonferenz. Ähnliches gilt für den Pädagogen und Religionsphilosophen Georg Picht, der die Forschungsstelle der FEST in Heidelberg leitete und u.a. im Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen eine führende Rolle spielte. Ausgesprochen effizient, wenngleich zumeist im Hintergrund, agierte der Naturwissenschaftler Günter Howe, Mitarbeiter der FEST und Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg. Und sie alle gehörten, zusammen mit Bischof Kunst, zum Führungskreis der Evangelischen Studiengemeinschaft, einer von den Evangelischen Landeskirchen, den Evangelischen Akademien sowie dem Deutschen Evangelischen Kirchentag getragenen Institution. Der Vorsitzende des wissenschaftlichen Kuratoriums der FEST war Raiser. Alle Genannten kannten sich seit Jahren und einige verband sogar Freundschaft.

Die in der Evangelischen Studiengemeinschaft tätigen Persönlichkeiten besaßen auch Verbindungen in andere gesellschaftliche Bereiche hinein. Das gilt z.B. für Klaus von Bismarck, damals Intendant des Westdeutschen Rundfunks in Köln. In dieser Position sowie als Mitglied im Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentages – und als Präsident der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt – brachte Bismarck, wie die anderen Autoren des Memorandums auch, mit seiner Persönlichkeit zugleich weitere kulturelle, gesellschaftliche und politische Gesichtspunkte und Verbindungen in die Überlegungen und die Arbeit an der Denkschrift ein. Dasselbe gilt für den Soziologen und Juristen Hellmut Becker, der durch Picht gewonnen wurde. Becker, zu diesem Zeitpunkt Präsident des Verbandes Deutscher Volkshochschulen, aber auch im Beirat der Inneren Führung im Verteidigungsministerium tätig, hatte zu den Verteidigern von Ernst von Weizsäcker im „Wilhelmstraßen-Prozeß“ gehört und war seitdem mit der Familie Weizsäcker befreundet. Carl Friedrich von Weizsäcker zog Werner Heisenberg hinzu, Vorbild und Freund seit langem. Durch Howe stieß schließlich der allen Autoren bekannte Präses der Rheinischen Landeskirche und Theologieprofessor Joachim Beckmann zum Kreis. Andere begleiteten die Gespräche nur eine Zeit lang, so z.B. Theodor Eschenburg oder der Romanist Gerhard Heß, Raisers Nachfolger als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Biochemiker und Nobelpreisträger Adolf Butenandt oder der Nationalökonom Constantin von Dietze, bis 1961 Präsident der Synode der EKD.

Die Verfasser des Tübinger Memorandums wurzelten also in einem weit verzweigten Geflecht potentiell Gleichgesinnter. Sie agierten effizient und kompetent in vielfältigen Bereichen der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Dabei ist zum einen die Feststellung wichtig, daß sie alle die bis dahin innerhalb der evangelischen Kirche weithin dominierende Alternative „lutherisch“ oder „barthianisch“, bruderrätlich oder volkskirchlich nur noch am

¹⁷ Abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland. Jg. 89. Gütersloh 1962, S. 75–78 sowie bei Raiser, Ludwig: Vom rechten Gebrauch der Freiheit. Stuttgart 1982, S. 41–47.

Rande bewegte. Dazu gehörte zum anderen, daß diese Persönlichkeiten eine im damaligen Protestantismus und erst recht in kirchlichen evangelischen Kreisen keineswegs selbstverständliche liberal-demokratische Werthierarchie vertraten und vorantrieben. Was auch immer der Prozeß der „Verwestlichung“ der Deutschen umfassen mag:¹⁸ Die Autoren des Tübinger Memorandums trugen dazu in einem beachtlichen Ausmaß bei.

Das gilt eben auch im Blick auf die evangelische Kirche. Am 11. März 1962 schrieb Raiser an Beckmann: Mit dem Kampf auf dem politischen Feld würden sie sicherlich fertig. „Was mich aber in zunehmendem Maße beschäftigt, das ist die bei dieser Gelegenheit deutlich gewordene innerkirchliche Situation, und dazu wäre mir Ihre Meinung und Ihr Rat sehr erwünscht.“¹⁹ Beckmann stimmte Raiser einerseits zu – „In unserer Kirche ist hier wie in den meisten politischen Fragen nur ganz wenig Einsicht“ –, verwies jedoch andererseits auf die mannigfachen Aktivitäten, die seit einiger Zeit nicht nur in der Rheinischen Kirche unternommen würden, um mit den Vertriebenen ins Gespräch zu kommen. Hier müsse man weitermachen.²⁰

Dazu entschloß sich dann auch Raiser – und zwar durchaus in dem Bewußtsein, „daß wir hier innerhalb unserer Kirche am Anfang eines langen und mühsamen Weges stehen“.²¹ Auch innerhalb des Protestantismus und der evangelischen Kirche waren die Widerstände gegen ein Umdenken in der Ostpolitik offensichtlich beträchtlich. Aber es hatte sich doch auch gezeigt, daß es in der Bundesrepublik Menschen gab, die den Zielsetzungen der acht und ihrem Memorandum zustimmten. So konnte dieses Dokument als ein Signal für alle diejenigen dienen, die eine Veränderung in der Ostpolitik wollten.

Die Politiker und Parteien waren noch nicht so weit. Auf dem Parteitag der SPD, 1964 in Karlsruhe, sahen die Delegierten rechts und links vor sich großformatige Photos von Schumacher und Ollenhauer, in der Mitte eine Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1937 und darunter das Motto: „Erbe und Auftrag!“²² Vor diesem Hintergrund nahm Heinemann in einem Brief vom 28. September 1964 an Raiser ausdrücklich die von Marion Gräfin Dönhoff in der „Zeit“ veröffentlichte Bezeichnung der acht als „Lobbyisten der Vernunft“ auf. Sie konnten wagen und tun, was die Politiker sich nicht erlauben durften. Heinemann warb dann um Verständnis für die SPD, die unmöglich allein „die Liquidation des Hitler-Krieges in seinen bitteren Konsequenzen“ übernehmen könne. Er fuhr fort: „Meinerseits möchte ich Sie dringlich bitten, spüren zu lassen, daß Sie und Ihre engeren Freunde bei der Fahne bleiben, die Sie mit dem Memorandum gehißt haben.“²³

Das war in der Tat der Fall. Damals arbeitete die Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung unter dem Vorsitz von Raiser bereits seit Monaten an einer Denkschrift, die im Herbst 1965 mit dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ veröffentlicht wurde. Dieses Dokument bewegte und erregte die Öffentlichkeit noch erheblich stärker als das Tübinger Memorandum. Gleichzeitig trug es weiter wesentlich zur Veränderung des geistigen und vor allem des politischen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland bei.

¹⁸ Instruktiv dazu ist: Doering-Manteuffel, Anselm u.a.: Wie westlich sind die Deutschen?. In: Historisch-Politische Mitteilungen 3. 1996, S. 1–38. Vgl. jetzt auch Sauer, Thomas: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit. 2). München 1999.

¹⁹ LKAR, Handakten Beckmann, B 135, S. 65.

²⁰ Schreiben vom 18.3.1962 (BA, Raiser, Bd. 42).

²¹ Raiser an Kunst, 2.5.1962 (ebd.).

²² Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965. 2. Aufl. Bonn 1996, S. 569.

²³ BA, Raiser, Bd. 6 (1974–1980).

IV. Die Ostdenkschrift

Am 18. und 19. Dezember 1964 fand in Ost-Berlin eine Aussprache über den endgültigen Text der Denkschrift mit einigen Mitgliedern der Kammer aus der DDR statt.²⁴ Das Ergebnis war zwiespältig, vor allem deshalb, weil es sich hier um ein ausgesprochen westliches Problem handelte und die Vertreter aus der DDR fürchteten, in die zu erwartenden öffentlichen Auseinandersetzungen im eigenen Land hineingezogen zu werden.²⁵ Am sympathischsten wäre es ihnen deshalb gewesen, wenn nur die Westdeutschen die Denkschrift herausgebracht hätten. Doch das war unmöglich, weil dadurch die Einheit der EKD, an der die meisten kirchlichen Repräsentanten auch aus der DDR trotz der Teilung Deutschlands und der Mauer durch Berlin nach wie vor festhielten, offiziell preisgegeben worden wäre. Andererseits führte diese Diskussion zu einer eindeutigen Ausweitung der Perspektive, weil die Vertreter aus der DDR drängten, nicht nur von den Vertriebenen zu sprechen, sondern deren Schicksal in die „größeren politischen, geschichtlichen und völkerrechtlichen Zusammenhänge hineinzustellen“. Das Ziel müsse sein, einen Beitrag zu „einer künftigen haltbaren Friedensordnung zwischen den Völkern“ zu liefern. Indem die Denkschrift diese Intention aufnahm, trug sie zu einem weiteren Paradigmenwechsel bei: Jetzt ging es um die Gestaltung einer neuen und besseren Ordnung in Europa – und nicht allein um deutsche Belange.

Die „Ostdenkschrift“ brachte in der Bundesrepublik eine wahre Flut von Reaktionen hervor. Dabei reichten die Äußerungen in den Medien von freudiger Zustimmung bis zu leidenschaftlichen, haßerfüllten Ablehnungen. Auch Morddrohungen gegen die Autoren fehlten nicht. Listet man die veröffentlichten Stellungnahmen unter dem Gesichtspunkt der Bereitschaft oder der Verweigerung eines rationalen Diskurses mit dem Thema auf, erklärten sich rund zwei Drittel dazu bereit, ein Drittel lehnte das ab.²⁶ Diese Relation blieb während der recht langen öffentlichen Aktualität des Themas bis zum März 1966 stabil.

Auch in den innerkirchlichen Gesprächen und Auseinandersetzungen spielten selbstverständlich politische Gesichtspunkte eine zentrale Rolle. Hier wurde der Streit deshalb so laut und leidenschaftlich ausgetragen, weil sich unter ihren Mitglieder sowohl entschiedene Befürworter einer Versöhnung mit Polen befanden, insbesondere in den Kreisen der Kirchlichen Bruderschaften, als auch engagierte Vertreter der deutschen Rechtsansprüche, vor allem in den Vertriebenenverbänden. Hinter der Ostdenkschrift stand freilich eine für den deutschen Protestantismus ungewöhnlich breite theologische und kirchenpolitische Front. Sie reichte von bruderrätlich gestimmten Theologen wie Vogel, Schweitzer oder Gollwitzer bis zu ganz anders orientierten Persönlichkeiten, wie z.B. Thieliicke oder Panzenberg. Und hier stimmten auch die Präses Wilm und Beckmann mit den lutherischen Bischöfen Lilje oder Dietzfelbinger überein.

V. Religiöse und politische Reaktionen

Die Auseinandersetzungen über die Ostdenkschrift verschärften naturgemäß viele längst vorhandene religiöse, kirchliche und politische Unterschiede. Insofern war es kaum zufällig, daß es in dieser Zeit zu Zusammenschlüssen Gleichgesinnter kam, die sich auf diese Weise gegen die allgemeine theologische und kirchliche Entwicklung stemmten. Im di-

²⁴ Protokoll der Sitzung am 18./19.12.1964 (EZA 2/84/043/144).

²⁵ Die Vertreter aus der DDR forderten deshalb die Klarstellung, daß es in der Denkschrift lediglich um Westdeutschland ging und daß der Görlitzer Vertrag vom Jahre 1950 erwähnt würde (EZA 104/117, 14.7.1965). Generalsuperintendent Günter Jacob lehnte die Denkschrift ab (EZA 2/84/043/144, 27.8.1965). Umgekehrt zeigten sich weder Oberkirchenrat Wilkens noch Raiser bereit, von „Umsiedlern“ statt von Vertriebenen zu sprechen (EZA 81/Scharf, 0237, Bd. I, 10.9.1965; EZA 650/95/96, 16.9.1965).

²⁶ So Henkys in: Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift. Hg. von Reinhard Henkys. Stuttgart 1966, S. 34.

rekten Widerspruch gegen die Ostdenkschrift gründeten einige Theologen und Nichttheologen Ostern 1966 in Stuttgart die „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“.²⁷ Zu den Initiatoren gehörte u.a. der Schriftsteller Bernt von Heiseler, der Dortmunder Pfarrer Alexander Evertz und der Freiburger Oberlandesgerichtsrat Karl Salm. Ihre ultrakonservative nationalistische Gesinnung hatten einige von ihnen schon vorher öffentlich dokumentiert.²⁸ Nun riefen sie das „evangelische Kirchenvolk Deutschlands“ auf, sich ihnen anzuschließen. Denn das Erscheinen der Ostdenkschrift habe den „Eindruck verstärkt, daß das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Staat, Volk und Vaterland nicht mehr in Ordnung ist. Unzählige treue evangelische Deutsche, die in Liebe und Verehrung an ihrer Kirche hängen, fühlen sich von ihr im Stich gelassen.“ Als die Ursache dieser Fehlentwicklung galt den Autoren eine falsche Theologie: Genauso wie 1933 die Deutschen Christen in der nationalsozialistischen Machtergreifung eine besondere Offenbarung Gottes in der Geschichte sahen, hätten führende evangelische Theologen den deutschen Zusammenbruch 1945 „als ein Wort Gottes aufgefaßt, dem man politische Weisung entnimmt. Man empfiehlt dem deutschen Volk eine Bußhaltung, die sich im Verzicht auf seine Rechte äußern soll.“ Und dagegen müsse nun endlich angegangen werden.

Diese Sätze belegen eine zutiefst unkritische, noch ganz in der Vergangenheit verwurzelte Zuordnung von evangelischer Kirche und deutschem Volk.

Doch sicherlich sprachen solche Worte aus, was nicht wenige evangelische Gemeindeglieder in ähnlicher Weise dachten und empfanden. Doch darum traten sie nicht der Notgemeinschaft bei. Lediglich die im November 1964 in Hannover gegründete rechtsradikale Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) spendete lauten Beifall. Wahrscheinlich wäre die Notgemeinschaft auch nur eine Episode geblieben, hätte sie es nicht geschafft, schließlich doch in die 1970 gegründete „Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands“ aufgenommen zu werden. Diese Organisation speiste sich aus anderen Quellen – wozu neben evangelikalen, fundamentalistischen und dann auch charismatischen Einflüssen aus den USA vor allem die religiösen, theologischen und kirchlichen Traditionen der Erweckungsbewegung im 19. Jahrhundert sowie der Gemeinschaftsbewegung an der Wende zum 20. Jahrhundert gehörten.²⁹

Zu neuer Aktivität drängten diese Kräfte u.a. vor dem Hintergrund der zunehmenden Auflösung des bis in die fünfziger Jahre in den Kirchen und Gemeinden dominierenden Bibelverständnisses. Selbstverständlich hatte es die wissenschaftliche historisch-kritische Exegese auch damals gegeben. Aber die Mehrzahl der Pfarrer und Gemeindeglieder begriff doch, zumal seit den Jahren des „Dritten Reiches“, angesichts der Schrecken des nationalsozialistischen Regimes und dann des Krieges, die biblischen Texte als direkte, unmittelbare Anrede Gottes. Unter solchen Voraussetzungen gab es zunächst kein Verständnis für das zuerst 1941 von Rudolf Bultmann vorgetragene Programm der „Entmythologisierung“ des Neuen Testaments, das die Herausarbeitung der existentiellen, den modernen Menschen betreffenden Botschaft des Evangeliums aus dem historischen Material der Bibel inten-

²⁷ Vgl. dazu und zum folgenden: Evangelischer Pressedienst/Grüner Dienst, 15.4.1966, S. 1–10.

²⁸ Evertz, Alexander: Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland. 4., erw. Aufl. Wuppertal-Barmen 1966. (Im Mittelpunkt der Diskussion, 1); Salm, Karl: Eine evangelische Antwort. Zur Denkschrift der EKD über die deutsche Ostpolitik. Freiburg i.Br. 1966. Diese Schrift bezeichnete ein Kritiker in der „Süddeutschen Zeitung“ zu Recht als „nationalistisch, ehrabschneiderisch gegenüber den Verfassern der Denkschrift, antiamerikanisch, antisozialistisch und äußerst selbstgerecht“ (wie Anm. 27, S. 9). Diese Charakterisierung paßt genauso für das Buch von Evertz.

²⁹ Informativ dazu: Stratmann, Hartmut: Kein anderes Evangelium. Geist und Geschichte der neuen Bekenntnisbewegung. Hamburg 1970; Jung, Friedhelm: Die deutsche Evangelikale Bewegung. Grundlinien ihrer Geschichte und Theologie (Europäische Hochschulschriften, Reihe Theologie. 461). Frankfurt a.M. 1992; Scheerer, Reinhard: Bekennende Christen in den evangelischen Kirchen Deutschlands 1966–1991. Geschichte und Gestalt eines konservativ-evangelikalen Aufbruchs. Frankfurt a.M. 1997.

dierte. Dagegen wandten sich in den fünfziger Jahren erneut weite kirchliche sowie theologische Kreise. Allerdings ging im Zuge der Normalisierung der Verhältnisse in der Bundesrepublik auch auf den Kathedern und Kanzeln eine schrittweise Distanzierung gegenüber jenem früheren Bibelverständnis Hand in Hand. Man pflichtete zwar keineswegs einfach der Theologie Bultmanns bei, aber man ließ nun faktisch keine andere Methode der Bibelauslegung als die historisch-kritische mehr gelten.

Der Name Bultmanns stand gleichwohl, vor allem in erwecklichen Kreisen, bewußt oder unbewußt sowohl für ein bestimmtes theologisches Programm als auch für diesen Prozeß der Auflösung des traditionellen Verständnisses der Bibel als Gottes Wort. Und nicht zufällig entzündete sich der Streit in Bethel: wo einerseits eine lebendige erweckliche Frömmigkeit tief und fest verankert war – und andererseits ein betont rational argumentierender Neutestamentler umfassend neue theologische Antworten offerierte.

Es ist kaum anzunehmen, daß die dogmatischen Aussagen allein zu Anhängern der Bekenntnisbewegung machten. Wesentlicher war wohl, daß die trutzigen Wiederholungen des Vertrauten und Geglaubten verbanden und stabilisierten. Immerhin: Die Bekenntnisbewegung breitete sich in vielen Kirchen und Gemeinden in der Bundesrepublik schnell aus. Eine Reihe von Kirchenleitungen äußerte sich freundlich oder doch zumindest verständnisvoll. Alles das vollzog sich auf dem Hintergrund der einschneidenden Einbrüche in die traditionellen Formen und Inhalte des evangelischen Glaubens in den sechziger Jahren. Viele Pfarrer und Gemeindeglieder konnten das, was sie nun hörten und erlebten, oftmals nur als Abfall vom Christentum deuten, als Verfälschung der zeitlos wahren evangelischen Lehre – so primär die Fundamentalisten – oder als Preisgabe des lebendigen, persönlich erfahrenen Glaubens an Jesus Christus – so vor allem die Evangelikalen. Die Rede von einem neuen, schlimmeren Kirchenkampf als im „Dritten Reich“ ging um. Dagegen mußte man sich zusammenschließen.

VI. Friedensaufgaben der Deutschen

Auch in der DDR existierten evangelikale Gruppen. Aber sie spielten kaum eine herausgehobene Rolle. Das lag zum einen an der konservativen Prägung der Bibelwissenschaften in diesem Land, wodurch die Ablösung von dem in den Gemeinden tradierten Bibelverständnis insgesamt sehr viel langsamer und behutsamer vor sich ging. Zum anderen – und vor allem – verhinderte der staatliche Druck auf die Kirchen die Herausbildung einer eigenen Bekenntnisbewegung. Insgesamt vollzog sich das kirchliche Leben in der DDR sowohl traditioneller als auch zumindest partiell intensiver. Im Unterschied zur Bundesrepublik sanken hier die Kirchengaustritte in den sechziger Jahren eher ab. Der wachsende Rückgang der evangelischen Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung resultierte hier einerseits aus den hohen Verlusten in den fünfziger Jahren und andererseits aus der dadurch bedingten niedrigen Zahl von Taufen.³⁰ Der Minderheitenstatus förderte den gemeindlichen Zusammenhalt, im Unterschied zu jener konventionell-individuellen Kirchlichkeit in Westdeutschland, wovon eingangs die Rede war. Instruktiv – und durchaus auch noch für die sechziger Jahre gültig – ist in dieser Beziehung die Sorge eines Diplomaten der bundesrepublikanischen Handelsmission in Helsinki. Dieser schrieb im Herbst 1959 anläßlich eines Besuchs finnischer Pfarrer in evangelischen Gemeinden der DDR an das Auswärtige Amt: „Die finnischen Geistlichen könnten zu der Auffassung kommen, daß Glaubensfreudigkeit und Opferbereitschaft in der SBZ größer sind als in der Wirtschaftswunder-Bundesrepublik

³⁰ Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart 1994, S. 380–390.

und daß daher der engere Kontakt mit den Geistlichen der SBZ ihnen mehr geben könnte als der mit ihren Amtsbrüdern in der Bundesrepublik Deutschland.“³¹

Die Ostdenkschrift machte auf die kirchliche Bevölkerung in der DDR auch deshalb nur wenig Eindruck, weil es hier keine Vertriebenenverbände gab und über die Zustände in den ehemals deutschen Ostgebieten hatten sich die Menschen durch Reisen nach Polen längst ihr eigenes Bild machen können. Johannes Hamel, Dozent am Naumburger Katechetischen Oberseminar, der bereits in den fünfziger Jahren öffentlich für ein selbstbewußtes Leben als Christ in der DDR eingetreten war, erklärte im Dezember 1966, es sei das „Manko“ der Ostdenkschrift, daß sie „die Existenz der DDR verschweigt“.³² Und auf der Leiterkonferenz der Kirchlichen Bruderschaften im Juni desselben Jahres sprach Albrecht Schönherr, damals Generalsuperintendent und eine der führenden Persönlichkeiten im Weißenseer Arbeitskreis, von der „Fehlentwicklung“ der EKD, die sie hindere, sich wirklich wichtigen Aufgaben zuzuwenden. „Daneben entstünden Denkschriften, die reine ‚Westarbeiten‘ darstellten, obwohl sie als ‚Denkschriften der EKD‘ der Öffentlichkeit präsentiert würden.“³³

„Die Distanz zur Bundesrepublik ist größer geworden“, konstatierte der Soziologe Peter Ludz in der Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung im Rahmen seines Referats über den „Wandel der Sozialstruktur in der DDR“.³⁴ Diese Tatsache wirkte sich unverkennbar auch auf das Selbstverständnis und die Arbeit der östlichen – und umgekehrt der westlichen Mitglieder der EKD aus. Seit dem Bau der Mauer konzentrierten sich die Überlegungen in den ostdeutschen Kirchen mehr und mehr auf die Frage der Realisierung eines sinnerfüllten Lebens in der DDR.

Angesichts der zunehmenden Attacken der SED auf die gesamtdeutsche Organisation der EKD mitsamt der Verhinderung gemeinsamer Tagungen drängten die ostdeutschen Kirchenführer sodann auf eine Klärung der noch vorhandenen sowie, mehr noch, der unbedingt festzuhaltenden gesamtdeutschen Gemeinsamkeiten. So hieß es im Februar 1968 im Protokoll der Sitzung der Kirchenkonferenz, d.h. des Beratungsgremiums für die Synode und den Rat der EKD, besetzt mit Delegierten aus den Leitungen der angeschlossenen Landeskirchen, im Blick auf die damals vorliegende Denkschrift „Friedensaufgaben der Deutschen“: „Dahinter steht die Initiative und der dringende Wunsch von Christen in der DDR.“ Sodann: „Bei der Arbeit an diesem Thema verwirklicht sich ein Stück dessen, wofür die EKD da sein soll: die Verpflichtung, eine gemeinsame Geschichte zu bewältigen, sich der Not der Menschen anzunehmen und Ausschau zu halten nach dem, was auf uns zukommt. Es ist nicht ihre Aufgabe, gemeinsame politische Überzeugungen zu entwickeln.“³⁵

Fast ein Jahr lang hatte eine Kommission an diesem Text gearbeitet. Die Formulierungen waren vor allem das Werk der beiden westdeutschen Politiker Ehrhard Eppler (SPD) und Richard von Weizsäcker (CDU). Beide schrieben jedoch nur, was auch die andere Seite akzeptierte.³⁶ Insofern handelte es sich bei diesem Dokument um eine echte gesamtdeutsche Verlautbarung. Völlig zu Recht unterstrich von Weizsäcker, „daß es zur Zeit wohl kein zweites Gremium in Deutschland mehr gibt, welches in Ost und West gemein-

³¹ Durchschrift des Schreibens vom 15.9.1959: EZA 6/85, 1808. Ein Referent notierte dazu an den Rand: „stimmt, aber war schon im alten Rom bekannt: plenus venter non studet libenter“!

³² Protokoll der Sitzung am 16.12.1966 der Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung (EZA 2/1363).

³³ Protokoll der Sitzung am 1./2.6.1966 (EZA 613/86/10).

³⁴ Wie Anm. 33.

³⁵ Protokoll der Sitzung am 28./29.2.1968 (EZA 2/1495, S. 17f.).

³⁶ Am 7.2.1968 schrieb Eppler an den bayerischen Dekan Putz, er dürfe bei der Lektüre der Denkschrift nie vergessen, „daß wir wochenlang nach Formeln gesucht haben, die unsere Freunde auf der anderen Seite mitsprechen könnten“ (EZA 2/1495).

sam aussprechen und begründen kann, daß und warum wir in Deutschland noch immer zusammengehören“.³⁷

Diese Einhelligkeit wurde allerdings noch vor der Veröffentlichung der Denkschrift unterlaufen, vor allem durch westdeutsche Mitglieder sowohl der Kammer als auch des Rates der EKD. Man wandte sich insbesondere gegen die nach ihrer Meinung behauptete Gleichrangigkeit der beiden politischen Systeme. Deshalb erfolgte die Veröffentlichung der Denkschrift am 1. März 1968 mit ausdrücklichen Vorbehalten.³⁸ Diese richteten sich nicht gegen die weltweiten Aufgaben der Kirche für Abrüstung, Entspannung und Frieden, auch nicht gegen die danach aufgelisteten Verpflichtungen im europäischen Kontext. Unstrittig erschien auch der Abschnitt, der die nach wie vor bestehende „Zusammengehörigkeit der Deutschen“ herausarbeitete. Der Widerspruch entzündete sich an den konkreten Zielsetzungen: der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und dem Verzicht auf die Wiederherstellung des Nationalstaates zu Gunsten einer föderativen europäischen Ordnung, schließlich dem Drängen auf die Kooperation beider deutscher Staaten. Aber gleichzeitig forderte die Denkschrift doch auch Pressefreiheit und die Anerkennung des „freien Willens der Bürger“ im Blick auf die Frage der „politischen Gemeinschaft der Deutschen“!

Die allgemeine Presse konnte mit dieser Stellungnahme wenig anfangen. Im Osten antwortete der Denkschrift eisiges Schweigen. Im Westen ging man in aller Regel mit mildem Lächeln über sie hinweg – „sie ist ein Dokument guten Willens, mehr nicht“.³⁹

Durchweg übersehen wurde bei der öffentlichen Rezeption dieser Denkschrift, daß es sich dabei um ein eigenständiges Modell des von Egon Bahr 1963 verkündeten „Wandels durch Annäherung“ handelte, also der langfristigen Veränderung der politischen Verhältnisse in der DDR durch intensive Kontakte und Verbindungen seitens der Bundesrepublik. Dabei bestand der außerordentliche Vorteil dieses kirchlichen Konzepts darin, daß es auf der Zustimmung der ostdeutschen Kirchenführer basierte und nicht allein vom Westen her entworfen war. Für diesen Text sprach schließlich, daß er mit langen Zeiträumen rechnete, deshalb zu intensiver gegenseitiger Information aufforderte, aber ebenso zu „Gelassenheit“ sowie zu einem „langen Mut“, den die Deutschen „auf ihrem Weg in eine gemeinsame Zukunft nötig haben“.⁴⁰ In diesem Sinn hatte von Weizsäcker auf der Sitzung des Rates der EKD im Februar 1968 von der Notwendigkeit gesprochen, „langfristige Leitlinien aufzuzeigen“. Er hatte hinzugefügt: „Aber sicher ist, daß nicht mehr lange ein gemeinsames Reden möglich ist.“⁴¹

Solche Sorgen gingen allerdings im Frühjahr 1968 unter, ebenso wie die eindringlich mahnenden Worten von Reinhard Henkys im Evangelischen Pressedienst, doch trotz des Hinweggehens der DDR über diese Denkschrift sich auf deren Gedanken einzulassen – wegen der Menschen, zumal der jüngeren in Ostdeutschland. Denn, fuhr Henkys fort, „daß die Menschen dort, wie sich die Führung der DDR auch verändern mag, immer weniger bereit sind, blind den politischen Vorstellungen der Bundesrepublik zu folgen, das ist nun wirklich eine Realität.“⁴²

Sicherlich verhinderten die Studentenbewegung mitsamt den nun anschwellenden kulturellen, sozialen und politischen Auseinandersetzungen im Westen einerseits und andererseits die intensiven Diskussionen um die neue Verfassung in Ostdeutschland eine intensive Auseinandersetzung mit dieser Denkschrift. Doch zu konstatieren bleibt, daß das Ausein-

³⁷ An Wilkens, 3.1.1968 (EZA 2/1495).

³⁸ Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 1/2. Gütersloh 1978, S. 15–33.

³⁹ Einen Überblick über die Reaktionen der Presse bietet EZA 2/1491 bis 2/1493. Vgl. auch Evangelischer Pressedienst, Nr. 10 und 11, 6. und 13.3.1968.

⁴⁰ Wie Anm. 38, S. 33.

⁴¹ Protokollauszug der Sitzung vom 28.2.1968 (EZA 104/125).

⁴² Evangelischer Pressedienst, Nr. 11, 13.3.1968, S. 8.

anderleben der Menschen und Christen in beiden deutschen Staaten, ganz unabhängig von solchen äußeren Umständen, inzwischen weit vorangeschritten war.

Zur vollen Auswirkung gelangte vieles, was ich hier skizziert habe, auch im deutschen Protestantismus und in der evangelischen Kirche in Deutschland erst in den siebziger Jahren. Aber in den sechziger Jahren traten die wesentlichen Voraussetzungen für jenen elementaren Wandel zutage – oder wurden geschaffen –, die das Gesicht Deutschlands im Osten und insbesondere im Westen dann dauerhaft grundlegend verändert haben.

Archivalien

Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf (LKAR): Handakten Beckmann.

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn: Nachlaß Gustav Heinemann, Kirchliche Angelegenheiten II.

Bundesarchiv Koblenz (BA): Bestand N 1287 / Raiser.

Evangelisches Zentralarchiv, Berlin (EZA): Bestand 2: Kirchenkanzlei der EKD; Bestand 86: Struktur- und Verfassungsausschuß der EKD; Bestand 87: Der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung; Bestand 104: Kirchenkanzlei der EKD für die Gliedkirchen in der DDR; Bestand 607: Nachlaß Gerhard Gülzow; Bestand 613: Nachlaß Heinz Kloppenburg; Bestand 650: Nachlaß Erwin Wilkens.

Ursula Büttner

Kirchengeschichte als Brückenschlag zwischen Theologie und Sozialgeschichte: Laudatio auf Martin Greschat aus Anlaß seiner letzten Vorlesung an der Universität Gießen am 12. Juli 1999

Es mag überraschen, daß keine Theologin, sondern eine Historikerin sich an die Aufgabe wagt, das wissenschaftliche Werk Martin Greschats aus Anlaß seines Abschieds von der akademischen Lehre zu würdigen. Bei näherem Zusehen erweist sich jedoch, daß die Entscheidung, eine Vertreterin der Nachbardisziplin Geschichte um die Laudatio zu bitten, den Bestrebungen und dem Wirken Martin Greschats in besonderer Weise gerecht wird. Das hat nichts mit der Laudatorin, sondern allein mit der spezifischen Qualität von Greschats kirchengeschichtlicher Arbeit zu tun. Ich will versuchen, diese Aussage durch genauere Betrachtung seines bisherigen Werkes zu verdeutlichen.

Das ist freilich kein leichtes Unterfangen. Mit einem Blick ist dieses Werk nicht zu überschauen. Man muß die Blicke schon wandern lassen, um es in seiner Breite und Tiefe zu erfassen. Nur bis 1994 umfaßte Greschats Veröffentlichungsliste sieben Bücher und 105 Aufsätze, 132 Rezensionen und 22 Presseartikel und Rundfunkbeiträge. Viele weitere Studien sind in den letzten fünf Jahren hinzugekommen; wie viele habe ich nicht ermittelt. Greschats Forschungen erstrecken sich auf alle Jahrhunderte von der Reformationszeit bis zur Gegenwart. Neben den großen Forschungsbeiträgen stehen sorgfältige Quelleneditionen, Sammelbände zu zentralen, auch politisch relevanten Themen, Überblickswerke, durch die Studierende und theologisch ungeschulte Leser/innen von Greschats profunder Kenntnis der neuzeitlichen Kirchengeschichte profitieren, schließlich Studienbücher und Nachschlagewerke. Eine solche Breite wissenschaftlicher Arbeit und besonders die Vielzahl der Forschungsfelder widersprechen dem allgemeinen Trend, durch immer stärkere Arbeitsteilung und Spezialisierung Spitzenleistungen zu erstreben. Sie zeugen von einer ungewöhnlichen Schaffenskraft und Arbeitsdisziplin, wenn nicht Arbeitsaskese; denn trotz der fast universellen Breite seiner Interessen hat Greschat immer wieder wegweisende, innovative Ergebnisse präsentiert.

Martin Greschat begann mit der Reformationsgeschichte, wie es sich für einen ordentlichen evangelischen Theologen gehört. Doch schon bei seiner Dissertation zeigte er genügend Mut, um herrschenden Meinungen entgegenzutreten. Während taktisch kluge Doktoranden ein möglichst wenig beachtetes Feld aufsuchen, um die geforderten neuen Forschungsergebnisse zu erbringen, wagte sich Greschat an die beiden zentralen Gestalten, Luther und Melancthon, und das Kernthema der Reformation, die Rechtfertigungslehre. Verhalten, aber doch unüberhörbar kritisierte er in seiner Untersuchung von 1965: „Melancthon neben Luther. Studien zur Gestalt der Rechtfertigungslehre zwischen 1528 und 1537“¹ die herrschende Beschränkung auf die systematische Werkanalyse. Diese Methode habe zweifellos große Erkenntnisgewinne gebracht, aber ihre Verabsolutierung verstelle ein angemessenes Verständnis beider Reformatoren, „weil der Reichtum einer lebendigen Person – wie der Geschichte überhaupt“ sich nicht in eine Formel binden lasse (S. 9). Bei dem Bemühen darum, so weist Greschat in seiner Dissertation nach und fordert damit alle Luther-Verehrer heraus, sei der wesentliche Beitrag Melancthons zur Ausgestaltung und Verbreitung der Rechtfertigungslehre übersehen worden, die nach einem langen und mühevollen Weg gegenseitiger Annäherung durch seinen systematischen Entwurf ihre „normative Ausprägung erfahren“ habe (S. 247). Gegen wen sich die Methodenkritik richtete,

¹ Witten 1965.

war den Kennern zweifellos schon 1965 klar, auch wenn der junge Universitätstheologe die Großen seines Fachs noch nicht offen benannte. 33 Jahre später² sprach der arrivierte Martin Greschat im Melanchthon-Jahr 1998 die Namen aus: Albrecht Ritschl, Karl Holl und ihre Schüler, aber auch Ernst Wolf und die Vertreter der dialektischen Theologie: Sie alle hatten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts an der Enthistorisierung Luthers, seiner Überhöhung zum reformatorischen Prinzip schlechthin, mitgewirkt und dabei oft die Mitkämpfer herabgestuft. Demgegenüber bestand Greschat von Anfang an darauf, die Zeitumstände in ihrer Bedeutung für die Entwicklung einer Persönlichkeit oder die Entstehung einer geistigen Bewegung zu beachten.

Die Reformationsgeschichte hat Greschat bis heute weiterbeschäftigt. Neben Luther und Melanchthon war es vor allem Martin Bucer, der ihn seit einem ersten Aufsatz von 1969 in der Festschrift für seinen „Doktorvater“ und Institutsdirektor Robert Stupperich nicht mehr losließ. Nach vielen Aufsätzen über einzelne Aspekte seines Wirkens erschien 1990 das Buch: „Martin Bucer. Ein Reformator und seine Zeit“.³ In ihm nutzte Greschat die Möglichkeiten der exemplarischen Biographie, um die Umbruchszeit zwischen Mittelalter und Neuzeit mit ihren politischen Konflikten, ihrem sozialen Aufruhr und ihren so zentralen theologischen Kontroversen anschaulich werden zu lassen. Bucers Lebensweg, sein Denken, Handeln und Erleiden finden nicht allein um seiner selbst willen Interesse, sondern er wird als Repräsentant seiner Epoche geschildert, als „ein Mensch, in dessen Leben und Wirken wesentliche Fragen und Entscheidungen der Reformationszeit gebündelt zum Ausdruck kommen“ (S. 10).

Greschat verwendete bei dieser Studie eine zentrale Methode der Sozialgeschichtsforschung, die von deren Altmeister Werner Conze schon in den 60er Jahren dringend empfohlen, von Historikern wegen des Siegeszugs der Strukturgeschichte aber lange Zeit kaum genutzt worden war. Dabei kommt – und das ist der Vorteil, wenn sich ein gelernter Theologe der Sozialgeschichte annimmt – auch der Theologe Bucer zu seinem vollen Recht. Er ist für Martin Greschat vor allem aus drei Gründen wichtig, so schließe ich aus seiner Darstellung: 1. Wie bei Melanchthon ging es darum, einen infolge der einseitigen Konzentration auf Luther in den Hintergrund geratenen Reformator für die Kirchengeschichte und das Selbstverständnis evangelischer Christen wiederzuentdecken. 2. Wie Melanchthon war Bucer „ein großer Theologe des Dialogs“, der bei aller Eindeutigkeit der eigenen Position doch offen blieb für die Wahrheit des anderen und sich von dieser Voraussetzung her unablässig um die Einheit der reformatorischen Bewegung und sogar die Verständigung mit den Altgläubigen bemühte. 3. Bucer ließ durch die Betonung des Gedankens, daß sich die Liebe zu Gott und die Dankbarkeit für die unverdiente Rechtfertigung des Sünders in der Liebe zum Mitmenschen, im guten Handeln und im Einsatz für eine bessere gesellschaftliche Ordnung konkretisieren, Raum für die Ethik und sogar für Politik. Ich komme darauf zurück, was das für Martin Greschat bedeutete.

Vorerst kehre ich zur Chronologie seines wissenschaftlichen Werdegangs zurück. Den biographischen Zugriff hatte er auch für seine Münsteraner Habilitationsschrift von 1971 über Valentin Ernst Löscher gewählt, mit der er sich das 17. und 18. Jahrhundert erschloß. Auch in diesem Buch über einen maßgebenden Repräsentanten der altprotestantischen Orthodoxie bezog er die geistigen Strömungen der Zeit so umfassend mit ein, daß er zugleich zu einem Fachmann für die Gegenbewegung des Pietismus wurde. Ein großer Literaturbericht, mehrere Aufsätze, u.a. über Philipp Jakob Spener, und 1977 die Herausgabe der repräsentativen Sammlung: „Zur neueren Pietismusforschung“ in der wohlbekannten

² Philipp Melanchthon – ein Intellektueller, Pädagoge und Christ, in: Reinhold Friedrich/Klaus A. Vogel (Hg.), 500 Jahre Philipp Melanchthon (1497–1560). Akten des interdisziplinären Symposiums vom 25.–27. April 1997 im Nürnberger Melanchthon-Gymnasium, Wiesbaden 1998, S. 11–25.

³ München 1990.

Reihe der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft: „Wege der Forschung“ zeugen davon.⁴ In der Einleitung fiel mir als Zeithistorikerin besonders der vorsichtige Hinweis auf die Bedeutung der NS-Zeit auch für die Theologiegeschichte auf: Die gemeinsame Erfahrung der Bedrohung, so deutete Greschat an, sei wahrscheinlich der entscheidende Grund für die Annäherung der Positionen in der Pietismusforschung nach 1945 gewesen.

Zwei in die Zukunft weisende Interessenschwerpunkte sind damit schon in den 70er Jahren deutlich: Zum einen ist es die hohe Wertschätzung der Biographie. Die Leistungsfähigkeit dieser literarischen Gattung für die Sozial- und Mentalitätsgeschichte hat Martin Greschat immer wieder erprobt und unter Beweis gestellt. Ich erinnere an seine Studien über den kaiserlichen Hofprediger, Begründer der Berliner Stadtmission und Lehrer fast einer ganzen Theologengeneration, Adolf Stoecker, aber auch an die in mühevoller Kleinarbeit recherchierten Lebensbilder weniger bekannter Mitglieder der evangelischen Kirche: Marga Meusel und Friedrich Weißler, die in der NS-Zeit auf je eigene Weise Zeugnis gegen Unrecht und Gewalt ablegten. Zu nennen sind hier insbesondere die großen Sammelwerke: die 1978 erschienenen beiden Bände: „Theologen des Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert“ und die von 1981 bis 1986 erschienene zwölfbändige Serie: „Gestalten der Kirchengeschichte“. Ein solches Werk in nur fünf Jahren zum Abschluß zu bringen, die nötigen Fachleute nicht nur zu gewinnen, sondern auch zur pünktlichen Manuskriptabgabe zu bringen, ist eine kaum glaubliche wissenschaftsorganisatorische Leistung, zumal Greschat selbst fünf Bände mit einer umfangreichen Einleitung versehen hat.

Zum anderen zeichnete sich in den 70er Jahren die zunehmende Hinwendung zur Kirchengeschichte der neueren Zeit und zur kirchlichen Zeitgeschichte ab. Ein Vorläufer war 1974 die Dokumentation: „Der deutsche Protestantismus im Revolutionsjahr 1918/19“.⁵ Die Beschäftigung mit diesem Thema war sicher mitveranlaßt durch die Herausforderungen der Studentenbewegung. Schon der Titel der mit Günter Brakelmann gegründeten neuen Reihe, in der der Band erschien, deutet darauf hin: „Politik und Kirche. Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte“. (Der programmatische Haupttitel fiel auf Verlangen des Verlages bald wieder fort). Die Herausgeber wollten der Erforschung der jüngsten Geschichte ihrer Kirche eine neue Richtung geben. Sie wollten wegkommen von der fast ausschließlichen Konzentration auf die Geschichte des Kirchenkampfes zwischen 1933 und 1945 und vor allem von seiner „Theologisierung“, wie Martin Greschat viel später, 1993, in einem grundsätzlichen Artikel formulierte.⁶ Statt dessen sollte die Bedeutung der Kirchen, von Religiosität und Frömmigkeit in allen Epochen auch der modernen Gesellschaft untersucht werden; denn so begründeten Brakelmann und Greschat ihre Forderung mit dem aufklärerischen Optimismus der frühen 70er Jahre: Zwar sei aus der Geschichte nicht unmittelbar zu lernen, „aber ohne die Beachtung ihrer gelungenen und mißlungenen Exempla läßt sich nicht sinnvoll für die bessere Welt von morgen argumentieren“ (S. 7). So ergriff Greschat in der kontroversen Debatte von Zeithistorikern über die Behandlung der bürgerlichen Eliten in der Revolution von 1918/19 mit einer sorgfältigen Dokumentation über die evangelische Kirche das Wort. Dabei widerstand er der Versuchung, die eingängige und beifallsträchtige These von der Wiederherstellung konservativer Machtstrukturen einfach zu übernehmen. Auf 200 Seiten präsentierte er statt dessen ein breites Spektrum von protestantischen Äußerungen zur Revolution, zum Verhältnis von Staat und Kirche und zum inneren Aufbau der Kirche. In den knappen einführenden Kapiteln war neben den wenigen kirchenhistorischen Studien zum Thema die umfangreiche politik- und sozialgeschichtliche Literatur verarbeitet.

⁴ Darmstadt 1977.

⁵ Witten 1974.

⁶ Die Bedeutung der Sozialgeschichte für die Kirchengeschichte. Theoretische und praktische Erwägungen, in: HZ 256 (1993), S. 67–103.

Die gleiche Akribie zeichnete zwei weitere Dokumentationen von 1982 und 1987 aus. Im Mittelpunkt stand jeweils eine politisch bedeutsame kirchliche Stellungnahme: die Stuttgarter Erklärung vom Oktober 1945 über die Versäumnisse von Kirche und Volk in der NS-Diktatur und die Denkschrift der Bekennenden Kirche von 1936 über das Unrecht des Nationalsozialismus.⁷ Durch die Veröffentlichung dieser Texte mit allen auffindbaren Nebentexten über Entstehung und Wirkung traten die internen Differenzen, Leistung und Versagen der evangelischen Kirche beispielhaft hervor. Deutlicher als es in der Wissenschaft im allgemeinen üblich ist, spricht Greschat aus, wie er als Christ zu den Ereignissen steht. Aber er zwingt seine Meinung nicht auf, sondern befähigt durch die Bereitstellung des Materials zum eigenen Urteil. Auf die kritischen Anfragen an Kirche und Universität antwortete er mit Forschung, die für neue Fragen und neue Methoden offen war.

Das zeigt auf wieder andere Weise auch die 1980 veröffentlichte Monographie: „Das Zeitalter der Industriellen Revolution. Das Christentum vor der Moderne“.⁸ Erstmals arbeitete Greschat in diesem Buch komparatistisch: Er behandelte die wichtigsten Industrieländer Europas und je nach ihrer konfessionellen Prägung die verschiedenen Glaubensrichtungen. Der länder- und konfessionsübergreifende Vergleich, der deshalb nahelag, ermöglichte für die einzelnen Gesellschaften vertiefte Einsichten. Immer beschrieb Greschat zunächst die dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, bevor er die Reaktionen der Kirchen sowie christlicher Gruppen und Organisationen auf diese Erfahrungen schilderte oder Anzeichen einer Entkirchlichung und Entchristlichung verfolgte. „Kirchengeschichte begreife ich [...] als das Bemühen um das Verstehen des kirchlichen Lebens, Denkens und Handelns im Kontext der allgemeinen politischen und sozialen, ökonomischen und geistigen und nicht zuletzt der religiös-kulturellen Sehnsüchte und Gegebenheiten, Hoffnungen und Zwänge einer Epoche.“ In dieser Weise definierte Greschat in dem schon erwähnten programmatischen Artikel in der Historischen Zeitschrift von 1993 das Ziel seiner Arbeit⁹, und in diesem umfassenden Sinn schrieb er in dem Band über das Christentum in der Industriellen Revolution und an vielen anderen Stellen Kirchengeschichte.

Als das Buch 1980 erschien, war Martin Greschat schon endgültig bei der Zeitgeschichte angelangt, auch wenn er immer wieder mit Beiträgen zur Reformationsgeschichte, zum Pietismus und zur christlichen Erneuerungsbewegung im 19. Jahrhundert hervortrat. Beeindruckt hat mich u.a. eine Problemskizze über „Rechristianisierung und Säkularisierung“ (1997)¹⁰, weil Greschat in ihr aufgrund seiner weitgespannten Arbeit die „lange Dauer“, die „longue durée“, mentalitätsgeschichtlicher Prozesse seit der Reformationszeit konkret nachzeichnen konnte. Geprägt aber wurde Greschats Forschung in den letzten 20 Jahren durch die Zeitgeschichte im Sinne der Historiker, die sie enger als Theologen auf die Zeit seit 1917 beschränken, allenfalls unter Einschluß der vorbereitenden Entwicklungen im deutschen Kaiserreich. Die Fülle der Arbeiten macht es unmöglich, im einzelnen auf sie einzugehen. Ich kann nur die Bandbreite der Themen andeuten: Entwicklung des kirchlichen Antisemitismus seit Stoecker, Haltung der deutschen Protestanten zum Krieg vor 1914 und zur atomaren Bewaffnung um 1960, die evangelische Kirche unter der nationalsozialistischen Diktatur, ihre Haltung zur Judenverfolgung, die Bekennende Kirche in sozialgeschichtlicher und ethisch-politischer Perspektive, der deutsche Protestantismus in

⁷ Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945, München 1982. Zwischen Widerspruch und Widerstand. Texte zur Denkschrift der Bekennenden Kirche an Hitler (1936), München 1987.

⁸ Stuttgart 1980.

⁹ HZ 256 (1993), S. 73.

¹⁰ Rechristianisierung und Säkularisierung. Anmerkungen aus deutscher protestantischer Sicht, in: Hartmut Lehmann (Hg.), Säkularisierung, Dechristianisierung und Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 1997, S. 76–85.

Polen während der NS-Zeit; dann: Kirche und Gesellschaft in der frühen Bundesrepublik, oder vergleichend: die Erfahrungen der Kirchen mit der Politik in den beiden deutschen Staaten nach 1945, immer wieder: die Schuld Diskussion in den deutschen Kirchen, schließlich als Ergebnisse neuer Forschungsprojekte: die Kirchenpolitik der französischen Besatzungsmacht in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, die Anfänge der Ökumene und der Beitrag der Protestanten in den verschiedenen Ländern zur Versöhnung ihrer Völker und zum Aufbau der Europäischen Gemeinschaft.

Wie die Übersicht zeigt, sind es immer politisch relevante Themen, denen sich Greschat zuwendet. Es geht ihm darum zu zeigen, daß die Kirchen als gesellschaftliche Institutionen auch unter den veränderten Bedingungen der neuesten Zeit, auch nach der Trennung von Thron und Altar und angesichts der Konkurrenz anderer weltanschaulicher Angebote, noch eine öffentliche Rolle spielen, daß christliche Traditionen und konfessionelle Bindungen das politische Verhalten der Menschen weiterhin beeinflussen, und sei es unbewußt oder kulturell vermittelt. Die Geschichtswissenschaft hat diese Zusammenhänge, in selbstverschuldeter Verblendung durch die Vorstellung der Säkularisation der Gesellschaft, lange übersehen und beginnt sie im Kontext der Mentalitätsgeschichte erst allmählich wiederzuentdecken.

An dieser Entwicklung hatte Martin Greschat einen beträchtlichen Anteil. Seine Arbeiten zeigen Qualitäten, die auf Historiker/innen bestechend wirken: Alle Untersuchungen und Editionen zeugen von seiner Entdeckerfreude. Während arrivierte Wissenschaftler oft nicht mehr gern in schmutzigen Akten wühlen, ist die Liste der benutzten Archive bei Greschat auch in den jüngsten Veröffentlichungen lang: In dem Aufsatz über die Kirchenpolitik der französischen Besatzungsmacht sind es elf Archive in Paris, Colmar, Vincenne, Genf, Basel, Berlin und mehreren landeskirchlichen Hauptstädten. Immer bezieht Greschat aufgrund breiter Literaturkenntnis die allgemeinen politischen und sozio-ökonomischen Verhältnisse ein. Seine Darstellung beruht stets auf einem dicht gefügten Fundament empirischer Fakten. Er greift, wenn es das Thema nahelegt, die Methoden und Theorien der Sozialgeschichtsforschung auf, und – das ist nicht zu unterschätzen – er verwendet die Sprache der Historiker. Der Erfolg blieb nicht aus: Greschats Arbeiten werden von der allgemeinen Sozialgeschichtsforschung wahrgenommen und integriert und, was wichtiger ist, Religion, Konfession und Kirche finden als gesellschaftliche Kräfte auch für das 19. und 20. Jahrhundert Beachtung. So ist es folgerichtig, daß in dem von Wolfgang Benz herausgegebenen Standardwerk über die Bundesrepublik Deutschland Martin Greschat das Kapitel über die evangelische Kirche verfaßte, ebenso in dem Band des Großen Ploetz über das Kaiserreich den Abschnitt: Religion in Staat und Gesellschaft.¹¹ Als ich 1990 einen Band über die Haltung der Deutschen zur Judenverfolgung konzipierte, erschien es mir selbstverständlich, Martin Greschat um den Beitrag über die evangelische Kirche zu bitten.¹² Ihren Höhepunkt erreichte die Zusammenarbeit mit Historikern 1988 mit der Gründung der Reihe: „Konfession und Gesellschaft“, in der seither 19 Bände erschienen. Ihr Programm, einerseits in überkonfessioneller und übernationaler Perspektive die christentumsgeschichtlichen und religiösen Dimensionen der Neueren Geschichte ins Bewußtsein zu heben und andererseits den theologischen Fundus der Kirchengeschichte um die gesellschaftsgeschichtliche Dimension zu bereichern, gilt auch für das Werk von Martin Greschat. Er hat Brücken zwischen der Kirchen- und der allgemeinen Sozialgeschichte ge-

¹¹ Die Evangelische Kirche, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden, Bd. 2, Frankfurt/M. 1983, S. 265–296, erweitert; 2. Aufl., Bd. 3, Frankfurt/M. 1989, S. 87–123. Religion in Staat und Gesellschaft, in: Dieter Langewiesche (Hg.), Ploetz. Das deutsche Kaiserreich, 1866/71 bis 1918. Bilanz einer Epoche, Freiburg/Würzburg 1984, S. 139–149.

¹² Die Haltung der deutschen evangelischen Kirchen zur Verfolgung der Juden im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 273–292.

schlagen. Insofern macht es vielleicht doch Sinn, wenn hier eine Historikerin die Laudatio hält.

Die Kirchliche Zeitgeschichte entwickelt sich heute zunehmend zu einem eigenständigen Fach, das die Methoden der verschiedenen relevanten Disziplinen integriert. Das ist noch nicht lange so! Als ich 1989 zum ersten Mal, damals noch als Gast, in der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte sprach, löste mein Vortrag über die Haltung der evangelischen Kirche zu ihren Gliedern jüdischer Herkunft eine heftige Diskussion nicht über die Fakten, aber über deren Bewertung aus. Im Verlauf der Diskussion wurde ich mit der Frage konfrontiert, ob ich überhaupt auf dem Boden des trinitarischen Glaubensbekenntnisses stände. Während ich noch erschrocken überlegte, ob ein schlichtes „Ja“ angesichts der versammelten theologischen Fachkompetenz wohl genügen würde, kam mir Martin Greschat zu Hilfe und erklärte eine solche Frage in einer wissenschaftlichen Debatte für unzulässig. Noch bis nach Mitternacht stritten wir abends weiter, ob Bekenntnistreue für die Beschäftigung mit der Kirchengeschichte notwendig sei oder ob mit den richtigen Methoden nicht vielleicht auch Atheisten auf diesem Feld erfolgreich arbeiten könnten. Heute bin ich zusammen mit einer Anzahl weiterer Historiker und Historikerinnen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, und es besteht kein Zweifel mehr, daß die Kirchliche Zeitgeschichte den gleichen methodischen Anforderungen genügen muß wie die allgemeine Geschichte, nicht weniger und nicht mehr. Daß sich die Situation in nur zehn Jahren grundlegend verändert hat, ist bemerkenswert, und daran hat Martin Greschat wesentlich mitgewirkt.

Wie es Menschen geht, die eingefahrene Gleise verlassen und Wandlungen voranzutreiben suchen, mußte er manche Angriffe hinnehmen und vielleicht auch einmal auf ein eigentlich verdientes Amt verzichten. Er vernachlässigte die Theologie und verfehle das Proprium – das Eigene, das Wesentliche – der Kirchengeschichte, so lautete der Vorwurf. Die Angriffe sind noch nicht ganz verstummt, aber ich halte sie für Nachhutgefechte.

Es geht bei diesem Beharren auf dem Primat der Theologie sicher um Hegemonie, möglicherweise auch um hochschulpolitische Interessen (Wo wird die Kirchengeschichte angesiedelt?). Aber es scheint noch mehr im Spiel zu sein, wie die Schärfe der Attacken ahnen läßt. Dahinter, so vermute ich, verbergen sich tiefe Differenzen über das Wesen der Kirche und ihr Verhältnis zur Welt, letztlich über den Auftrag des Christen in der Welt. Nach Greschats Überzeugung muß die Kirche unabdingbar in Staat und Gesellschaft hineinwirken. Eine Kirche, die sich selbst genügt, verliert ihren Sinn. Deshalb muß sich Kirchengeschichte immer auf die politische und soziale Realität beziehen. Nur eine solche integrative Forschung ist bei diesem Kirchenverständnis *theologisch* verantwortbar. Nur so kann Martin Greschat, der einmal den Satz geschrieben hat: „Theologie ist verantwortlich gelebte Zeitgenossenschaft“,¹³ als *Theologe* Kirchengeschichte schreiben. Martin Greschat wurde aufgrund dieser Voraussetzung, was er bei Melanchthon und Bucer gerühmt hat: ein Theologe des Dialogs, des Dialogs mit der Geschichte und den Sozialwissenschaften. Das Gesamtwerk ist sicher noch lange nicht abgeschlossen. Aber die entscheidende Leistung ist vollbracht: Der Brückenschlag von der Theologie und der Kirchengeschichte zu den säkularen historischen Wissenschaften ist Martin Greschat gelungen.

¹³ Theologen des Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert, 2 Bde., Stuttgart 1978, Zitat: Bd. 1, S. 7.

Forschungsbericht

Claudia Lepp:

Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland

Die kirchliche Nachkriegsgeschichte in Deutschland ist aus dem Schatten des „Kirchenkampfes“ während der NS-Zeit, dem über Jahrzehnte das Hauptinteresse der Forschung galt, endgültig herausgetreten. Den Anstoß hierfür gab die heftige Debatte um die Deutung der kirchlichen DDR-Vergangenheit, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zumindest die kirchliche Öffentlichkeit spaltete. Der Streit hat sich inzwischen etwas gelegt und damit löst sich allmählich auch die thematische Fixierung auf das Staat-Kirche-Verhältnis und die Einwirkungen des Staatssicherheitsdienstes auf die ostdeutschen Kirchen. Das Interesse der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung an der Vielfalt der Forschungsfelder und Pluralität der methodischen Ansätze wächst, auch und gerade im Dialog mit der allgemeinen Geschichtswissenschaft. Neuerdings wird auch die vergleichende sowie die beziehungsgeschichtliche Perspektive auf die jüngste kirchliche Zeitgeschichte in Deutschland entdeckt. Die historiographische Suche nach Gemeinsamem und Trennendem, Parallelitäten und Ungleichzeitigkeiten, nach Verflechtungen und Abgrenzungen im kirchlichen Bereich während der Zeit der Zweistaatlichkeit hat begonnen. Damit stellt sich die Frage, wie die kirchliche Nachkriegsgeschichte zukünftig zu erzählen sein wird: als eine oder zwei Geschichten? Bleibt sie – zumindest für die Jahre der organisatorischen Trennung 1969 bis 1989 – die Geschichte zweier Kirchen, die sich nicht zu einer Gesamtgeschichte verknüpfen läßt? Oder setzte sich die zusammengehörige deutsche Protestantismusgeschichte auch während der kirchlichen Teilung fort? Ob die Konvergenzen oder die Divergenzen überwogen, kann jedoch erst entschieden werden, wenn die Forschung auf diesem Gebiet weiter vorangeschritten sein wird.

Bereits schon Ende des Jahres 1996 hat der Rat der EKD bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte für fünf Jahre ein Forschungsprojekt eingerichtet, das sich der Erforschung der temporär „verdoppelten“ Geschichte des Protestantismus in Ost- und Westdeutschland nach 1945 widmet. Begleitet wird dieses Projekt über „Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland“ von einem vierzehnköpfigen Wissenschaftlichen Beirat. Seine Mitglieder kommen aus Theologie, Geschichtswissenschaft und Kirche und haben sich mittlerweile bereits sechs Mal getroffen. Fünf Monographien, ein Tagungsband sowie eine Überblicksdarstellung sind inzwischen im Entstehen begriffen.

Seit 1997 arbeitet die Autorin, der auch die Geschäftsführung des Gesamtprojektes übertragen wurde, an einer Studie zum Thema „Tabu der Einheit? Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und deutsche Frage 1956 bis 1969“. Ziel der Arbeit ist es, Selbstverständnis und Praxis gesamtkirchlicher Einheit im Spannungsfeld von Nationserhalt und „Entnationalisierung“ während der „langen“ sechziger Jahre darzustellen. Hierfür wurden mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland sowie der Evangelischen Jugend in Deutschland gesamt-kirchliche Zusammenschlüsse untersucht, die an einem innerdeutschen Diskurs über Fragen der kirchlichen und nationalen Einheit teilhatten, über intensive Ost-West-Kontakte verfügten und Rückschlüsse auf altersspezifische Unterschiede in der Haltung zur Einheitsfrage erlauben. In ihrer Studie kombiniert die Autorin drei methodische Herangehensweisen. Ideen- bzw. theologiegeschichtlich fragt sie nach den Vorstellungen von kirchlicher und nationaler Einheit, deren Interdependenzen und deren Wandel vor dem Hintergrund

einer sich vertiefenden deutschen Spaltung. Auf der ereignisgeschichtlichen Ebene schildert sie die Bemühungen um den Erhalt grenzübergreifender institutioneller Kircheneinheit sowie die deutschlandpolitischen Initiativen, die von protestantischer Seite unternommen wurden. Dabei wird auch auf die Förderung bzw. Behinderung kirchlicher Einheit und ihrer deutsch-deutschen Klammerfunktion durch die beiden deutschen Staaten eingegangen. Ergänzt wird der ideen- und ereignisgeschichtliche Ansatz durch eine Analyse praktizierter und erfahrener Einheit auf der Mikroebene. Die Autorin beleuchtet die sogenannte protestantische „Begegnungskultur“ (T. Rendtorff) in Gestalt der Paten- und Partnerschaften vornehmlich im Jugend- und Studentenbereich. Neben einer Vielzahl kirchlicher und staatlicher Akten wurden hierfür zahlreiche zeitgenössische Berichte über Ost-West-Begegnungen sowie einige west- und ostdeutsche Repräsentativumfragen ausgewertet.

Seit Herbst 1997 arbeitet der Leipziger Theologe *Jens Bulisch* zum Thema „Evangelische Publizistik im Printmediensystem der SBZ/DDR. Das Beispiel ‚Die Zeichen der Zeit‘ (1947–1990)“. Die Dissertation wird durch ein Stipendium des Freistaates Sachsens gefördert und von Seiten des Wissenschaftlichen Beirates durch einen Sachkostenzuschuß unterstützt. Bulisch möchte in seiner Untersuchung am Einzelfall der „Zeichen der Zeit“ die Facetten und die Komplexität kirchlichen Handelns unter den Bedingungen der SED-Diktatur darstellen. Jeweils eingeordnet in die Gesamtentwicklung evangelischer Printmedien in der DDR beschreibt er in chronologischer Darstellung die historische Entwicklung der Zeitschrift, die Geschichte des Redaktionskreises und den Anteil der einzelnen Redaktionsmitglieder und Autoren an ihrem publizistischen Profil. Darüberhinaus werden einzelne Themenkomplexe der Zeitschrift schwerpunkthaft ausgewertet. Gesondert wird Bulisch darauf eingehen, wie sich die Loslösung der ostdeutschen Gliedkirchen von der EKD im Jahre 1969 in der Zeitschrift niedergeschlagen hat. Neben der Auswertung der Zeitschrift selbst, die Bulisch als wichtige Quelle für die Entwicklung von Kirche und Theologie in der SBZ/DDR einschätzt, stützt sich die Arbeit auf das Studium kirchlicher und staatlicher Akten sowie privater Nachlässe.

Noch im Jahre 1997 entschied sich der Wissenschaftliche Beirat, im Rahmen des Projektes einen thematischen Schwerpunkt bei der „besonderen Gemeinschaft“ zu setzen. Seit nunmehr einem Jahr arbeiten in Berlin zwei wissenschaftliche Mitarbeiter über die Beziehungen zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) und der EKD im Kontext der politischen Gesamtentwicklung der beiden deutschen Staaten. Die Historikerin *Anke Silomon* untersucht die Praxis der „besonderen Gemeinschaft“ zwischen den beiden Kirchenbünden auf der Ebene der informellen Beratergruppe sowie der offiziellen Konsultationsgruppe. Ausgehend von der Gründung des BEK im Jahre 1969 und seiner Verankerung der besonderen Gemeinschaft in Artikel 4,4 seiner Ordnung wird sie zunächst die Entstehungsgeschichte und Zielsetzung der beiden gemeinsamen Gremien nachzeichnen. In weiteren Kapiteln sollen die Arbeitsweise, die Informationswege sowie die Diskussionskultur der zwei Gruppen im Mittelpunkt stehen. Dabei will Silomon auch die Unterschiedlichkeit der beiden deutsch-deutschen Gremien hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung und Zusammensetzung herausarbeiten und ihr Verhältnis zueinander beleuchten, das sie nicht frei von Konkurrenz sieht. Ob und wie die beiden Gruppen mit ihrer Arbeit in die kirchliche und nichtkirchliche Öffentlichkeit der beiden deutschen Staaten hineinwirkten, soll an einzelnen Themenschwerpunkten exemplifiziert werden. Ebenso wie den anderen Projektarbeiten wird auch Silomons Studie ein intensives Studium von Quellen aus kirchlicher und staatlicher Provenienz zugrundeliegen.

Ebenfalls zum Themenschwerpunkt „besondere Gemeinschaft“ arbeitet der Berliner Theologe *Peter Beier*. Er setzt bei Strukturfragen an und untersucht, welche Bedeutung die in Ost und West einsetzenden Bemühungen um eine engere Kirchengemeinschaft zwischen den jeweiligen Landeskirchen untereinander für die Deutung und Praxis der „besonderen

Gemeinschaft“ besaß. Im Mittelpunkt stehen die Grundordnungsdebatte in der EKD während der Jahre 1970 bis 1974 sowie die von 1976 bis 1984 innerhalb des BEK verfolgten Pläne zur Bildung einer Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR (VEK). Da die Genese der EKD-Grundordnung von anderer Seite bereits ausführlich dargestellt wurde, wird sich Beier in seiner Studie auf die Analyse der diskutierten und in die verschiedenen Entwürfe der Grundordnung aufgenommenen Formulierungen zur „besonderen Gemeinschaft“ konzentrieren. Breiteren Raum beabsichtigt er der noch nicht erforschten VEK-Debatte einzuräumen. In ihr, so läßt sich bereits erkennen, war die Frage der „besonderen Gemeinschaft“ sehr viel stärker mit der Gesamtdiskussion verflochten als in der Grundordnungsdebatte. Detailliert möchte Beier die verschiedenen Planungsphasen der VEK nachzeichnen und zeigen, wie in jeder dieser Phasen und teilweise gemeinsam mit westlichen Kirchenvertretern über die bisherige und zukünftige Gestalt und Relevanz der „besonderen Gemeinschaft“ nachgedacht wurde. Dabei wird er auch die Frage zu klären versuchen, inwieweit die „besondere Gemeinschaft“ für das Scheitern der VEK-Pläne mitverantwortlich war und welche Rolle dabei die lediglich regionalisierte EKD spielte. Da Beier neben den innerkirchlichen Diskussionsverläufen auch deren Wahrnehmung auf staatlicher Seite aufzeigen möchte, wird er außer kirchlichen auch staatliche Quellen für seine Studie auswerten.

Zu einem zweiten thematischen Schwerpunkt innerhalb des Gesamtprojektes bestimmte der Wissenschaftliche Beirat „Die ökumenischen (Außen)beziehungen der evangelischen Kirchen im geteilten Deutschland“. Innerhalb dieses Teilprojektes arbeitet seit April diesen Jahres die Theologin und Historikerin *Katharina Kunter* über das Thema „Die beiden deutschen Kirchen im konziliaren Prozeß der 80er Jahre“. Sie geht der Frage nach, welche politische und gesellschaftliche Bedeutung die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der Bundesrepublik und in der DDR während der 80er Jahre besaßen. Da der konziliare Prozeß seine innergesellschaftliche Dynamik im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), vor allem aber in den Ökumenischen Versammlungen in der Bundesrepublik und in der DDR sehr stark von der kirchlichen Basis her entfaltete, sollen neben den kirchenleitenden Initiativen des ÖRK, der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), des BEK sowie der EKD auch die Beiträge von besonders engagierten Gemeinden und kirchennahen Gruppen untersucht werden. Auf Grund der Fülle des Materials, aber auch der problematischen Quellenlage an der kirchlichen Basis kann an dieser Stelle jedoch lediglich exemplarisch gearbeitet werden.

Kunter beschäftigt sich bereits seit mehreren Jahren mit den Beziehungen der Kirchen auf europäischer Ebene. Ihre Dissertation „Die Kirchen im KSZE-Prozeß 1968–1978“ erscheint dieser Tage im Kohlhammer Verlag Stuttgart. Für diese Arbeit erhielt sie ebenso wie Friedrich Winter für den von ihm herausgegebenen Band „Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90“, Leipzig 1999, von Seiten des Wissenschaftlichen Beirates einen Druckkostenzuschuß.

Bereits im November 1998 veranstaltete der Wissenschaftliche Beirat im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam eine erste wissenschaftliche Tagung zum Thema des Gesamtprojektes (siehe den Bericht darüber auf S. 31). Der Tagungsband wird nunmehr im Februar 2000 unter dem Titel „Zwei Staaten – zwei Kirchen? Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung“, hg. von Joachim Mehlhausen und Leonore Siegele-Wenschkewitz, bei der Evangelischen Verlagsanstalt in Leipzig erscheinen. Seine Beiträge sind überwiegend dem vergleichenden und/oder dem beziehungsgeschichtlichen Ansatz verpflichtet. Als Autoren sind in dem Band vertreten: Christoph Demke, Anselm Doering-Manteuffel, Heinz Hürten, Hubert Kirchner, Claudia Lepp, Detlef Pollack, Harald Schultze, Peter Steinbach, Trutz Rendtorff und Günther Wartenberg.

Ende des Jahres 2000 wird bei Vandenhoeck & Ruprecht das von Claudia Lepp und Kurt Nowak im Rahmen des Projektes herausgegebene Taschenbuch „Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1949–1989/90)“ erscheinen. Es will dem Leser einen komprimierten Einblick bieten in die Geschichte der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ im Horizont der vierzigjährigen deutschen Teilung. In den beiden ersten der insgesamt vier Kapitel werden die Vorgeschichte sowie die Entwicklungsetappen der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland nachgezeichnet. Ein zweites, systematisches Kapitel beschreibt die zentralen Herausforderungen an die Kirche in der Zeit der Zweistaatlichkeit. Abgeschlossen wird der Band durch einen Überblick über die Entwicklungen und Kontroversen der Forschung. Alle Beiträge des Sammelbandes möchten wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, jedoch durch ihre dem Essay angenäherte Form möglichst viele Leser finden. Die Theologen, Historiker, Politologen und Soziologen, die zu diesem Band beitragen, wollen mit ihm den Raum der fachwissenschaftlichen Binnenproduktion überschreiten und ein breiteres Publikum über „Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland“ informieren.

Tagungsberichte

„Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung“. Wissenschaftliche Tagung im Rahmen des Forschungsprojekts der EKD „Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland“ vom 19. bis 21. November 1998 im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.

Die Tagung, die einen Überblick über erste Forschungsergebnisse eines Projektes bot, das der Rat der EKD Ende 1966 bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte eingerichtet hat, wurde eröffnet von der stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Leonore Siegele-Wenschkewitz und dem Leiter des Zentrums für zeithistorische Forschung, Prof. Dr. Christoph Kleßmann als Gastgeber. Bischof Dr. Axel Noack (Magdeburg) meinte in seinem kurzen statement namens des Rates der EKD, dieser wolle die wissenschaftliche Bearbeitung dieses Themas fördern, nachdem die Auseinandersetzungen bislang nur durch die Perspektive der Staatssicherheit bestimmt gewesen seien.

In seinem weitgespannten Eröffnungsreferat über *„Zwei Staaten – zwei Kirchen? Der Protestantismus in der deutschen Geschichte 1949–1989“* problematisierte **Prof. Dr. Dr. h.c. Trutz Rendtorff** (München) generelle Forschungs- und Deutungsprobleme, beleuchtete aber auch unter verschiedenen Stichworten Perspektiven und Tendenzen der Kirchen im geteilten Deutschland.

So untersuchte er die Selbständigkeit der beiden Kirchen im Vergleich und erörterte auch nachweisbare Wechselwirkungen, etwa bei der Diskussion um den Kirchensteuereinzug oder den Wegfall des Religionsunterrichts durch die Christenlehre, die im Westen als das der Kirche Gemäßere angesehen wurde.

Rendtorff verwies auf die besondere Gemeinschaft zwischen beiden Kirchen und die daraus folgende Begegnungskultur, die sich nicht ohne Ambivalenzen gestaltete. Von den gemeinsamen Worten von EKD und Kirchenbund von 1979 bis 1989 galten acht von neun dem Frieden, dem Identifikationsthema der Kirche in der DDR schlechthin. Rendtorff betonte die Bedeutung der großen Debatten (Wiederbewaffnung, Atomare Bewaffnung, Beitritt zur NATO, Faschismus-Debatte, Kapitalismus contra Sozialismus), die in den 40 Jahren, in denen zwei deutsche Staaten bestanden, stattgefunden haben. Diese seien vergleichend zu erforschen, denn daran entzündeten sich tiefgreifende Gegensätze in Politik und Kirche; an ihnen ließe sich die Tendenz zur mentalen Trennung innerhalb und zwischen den Kirchen ablesen. Entsprechend tiefgreifende Debatten konnten in der Kirche der DDR nicht geführt werden, da die dafür nötige freie Öffentlichkeit fehlte; sie zeigte sich als eine relativ geschlossene Kirche, als „Kirche im Sozialismus“.

Hinsichtlich weiterer Forschungen plädierte der Münchner Theologe für einen engen Austausch zwischen der kirchlichen und der allgemeinen Zeitgeschichte sowie einen Diskurs über die geschichtstheoretischen und theologischen Implikationen und Annahmen, von denen die Zielsetzung und die Methode der Forschungen geleitet seien. Hinter den Fragestellungen stünden Deutungsprobleme geschichtsphilosophischen und theologischen Ranges, die um die Selbstverständigung der Moderne mit den Beständen der Tradition kreisen; sie werden seit der Weimarer Zeit in den theologischen Auseinandersetzungen und kirchlichen Kämpfen reflektiert. Der Rechtsstaat und die liberale Demokratie können den Raum für diese Kontroversen offenhalten, sie haben nicht die Funktion, sie autoritativ zu beenden.

Um die Wechselwirkung von Protestantismus und politischer Positionierung ging es im Referat von **Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel** (Tübingen) über „*Die ideologische Blockbildung im Kalten Krieg und ihre Bedeutung für den westdeutschen Protestantismus in den 1950er und 1960er Jahren*“. Da die Folgen der Teilung 1945/49 und die antagonistische gesellschaftliche Entwicklung den Protestantismus stark geformt hätten, könne ohne dessen Analyse kein gesellschaftliches Profil gezeichnet werden.

Zur Veranschaulichung des innerprotestantischen Klärungsprozeß um eine neue Leitkultur – der letztlich unentschieden blieb – stellte der Tübinger Historiker die Positionen von Martin Niemöller, Gustav Heinemann sowie Karl Barth und in Abgrenzung dazu die des Kronberger Kreises vor, die miteinander in einem antifaschistischen Grundkonsens verbunden waren. In einer schematisierenden Gegenüberstellung machte er trotz der Gemeinsamkeit der skeptischen bzw. feindlich-distanzierten Haltung von Niemöller, Heinemann und Barth zum politisch-ideellen Ort der BRD im westlichen Blocksystem erhebliche Unterschiede in deren Auffassungen aus. Niemöller sei nach 1945 in seinen politischen Ansichten in den Positionen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges verharret; seine Aversion gegen den westlichen politischen Liberalismus war mit einer völligen Verständnislosigkeit gegenüber der Demokratie verbunden gewesen. Diese Einschätzung von Niemöller als Antidemokraten stieß im Plenum auf heftigen Widerspruch.

Im Gegensatz zu Barth und Niemöller sei Heinemann seit der Weimarer Republik ein erklärter Befürworter der parlamentarischen Demokratie und kein Gegner des westdeutschen Teilstaates gewesen. Aufgaben des Protestantismus lagen für ihn im Rückbezug auf die demokratische Tradition von 1848 und in der Anerkennung von Schuld als Grundlage der politischen Kultur, um auf diese Weise die Einheit der Nation sowie eine politisch-kulturelle Neuorientierung zu erreichen.

Der Schweizer Theologe Karl Barth sei zwar als Befürworter der Demokratie zu begreifen, seine Auffassungen davon aber waren sehr defizitär.

Mit dem Kronberger Kreis entstand 1951 (bis 1976) ein innerevangelischer, aktiver und wirkungsmächtiger Zirkel, der für den Nachkriegsprotestantismus zur Anpassungsagentur an die politischen Gegebenheiten der Bundesrepublik und an die ideellen Strömungen in der westdeutschen Gesellschaft wurde. Elemente des US-amerikanischen Konsensliberalismus, wie die Verneinung der These vom Antagonismus von Bourgeoisie und Proletariat oder die Akzeptanz der bündnispolitischen Einbindung in die westliche Allianz, fanden auch Eingang in die politischen Auffassungen westdeutscher Protagonisten. Bundeskanzler Willy Brandt repräsentierte beispielsweise das Gedankengebäude des Konsensliberalismus, mit dem auch eine positive Einstellung zu den Kirchen verknüpft war.

Die DDR war hingegen von anderen Prinzipien geprägt als die bürgerliche Bundesrepublik liberal-sozialen Zuschnitts. Dort fand seit 1954 ein Kampf der Staatspartei gegen Bürgerlichkeit und Kirchlichkeit statt.

„*Die Klammerfunktion der evangelischen Kirchen vor dem Hintergrund des politisch-gesellschaftlichen Wandels der 1950 und 1960er Jahre*“ untersuchte die Historikerin **Dr. Claudia Lepp** (München). Als letzte große institutionelle Klammer zwischen den auseinanderdriftenden deutsch-deutschen Gesellschaften versuchte die EKD während der 50er und 60er Jahre der Entfremdung und Fehlwahrnehmung, von denen sie selbst auch betroffen war, innerkirchlich wie innerdeutsch entgegenzusteuern. Formen der innerkirchlichen Verklammerung waren die Rechts- und Organisationsgemeinschaft, der materielle und ideelle Transfer sowie die Begegnungsarbeit. Von den Regierungen der beiden deutschen Staaten, die in der gesamtdeutschen Kirche ein Instrument ihrer Deutschlandpolitik sahen, wurde sie in ihren Bemühungen um den Erhalt kirchlicher Einheit gefördert bzw. behindert. Zwar konnte die EKD den multikausalen kirchlichen Teilungs- und Trennungsprozeß in Ost und West nicht umkehren, fand jedoch den Weg in die besondere Gemeinschaft.

Deutschlandpolitisch setzte sie seit Anfang der 60er Jahre vor allem auf die „menschliche Wiedervereinigung“. Vor dem Hintergrund einer bewußtseinswandelnden Diskussion um Nation und Nationalismus unter den Gesichtspunkten von Friedenssicherung und internationaler Solidarität nahm man 1968 noch gesamtdeutsch in der „Friedensstudie“ Abschied vom souveränen Nationalstaat als oberstem politischen Wert und bemühte sich um eine Neukonstruktion gesamtnationaler Identität auf dem Wege einer Pazifizierung und Demokratisierung des deutschen Nationalbewußtseins. Die argumentative Verklammerung von Frieden und Einheit in der Deutschlandfrage wurde umgekehrt: nicht mehr die Wiederherstellung deutscher Einheit erschien als Voraussetzung für den Frieden, sondern die zumindest temporäre Einwilligung in die staatliche Teilung.

In seinen Erwägungen unter dem Titel „*Geteilter Himmel? Der Aufstand vom 17. Juni 1953, der Mauerbau und die militärische Intervention in Prag als Herausforderungen für die politische Orientierung des deutschen Protestantismus*“ bezeichnete **Prof. Dr. Peter Steinbach** (Berlin) Gedenktage als wesentlich für die Deutung der Vergangenheit. Als wichtige Jahrestage hinsichtlich der Reaktion der Kirche auf die Folgen der Teilung fixierte er die Ereignisse der Jahre 1953, 1956, 1961 und 1968. Die Kirche habe, so Steinbachs Kritik, zu den Angriffen auf die Grund- und Menschenrechte, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die an diesen Tagen stattfanden, geschwiegen. Auch später diene die Erinnerung an diese Tage in den Kirchen nicht ihrer politischen Orientierung. Da die Kirchen die Teilungsgeschichte akzeptierten, wurde keine offene Auseinandersetzung um deren menschenrechtliche Dimension geführt. Trotz der Einsicht, daß das Gebot der Stunde die Sicherung des Friedens gewesen war, zu der es aus den „Horizonten“ der Zeit keine Alternative gab, sollte heute das Unbehagen diskutiert werden, das sich im Rückblick darauf einstellt, wie Demokratien im Umgang mit den Diktaturen im 20. Jahrhundert reagierten und wie sie – etwa angesichts chinesischer Verhältnisse – noch heute reagieren.

Aus der Sicht des Religionssoziologen gab **Prof. Dr. Detlef Pollack** (Frankfurt/Oder) einen Sachstands- und Problembericht zur „*Religions- und Kirchensoziologie nach der politischen Wende*“. In religionssoziologischer Perspektive standen in der letzten Zeit Überlegungen zu Prozessen der Entkirchlichung bzw. der Säkularisierung in Ost- und Westdeutschland sowie dem Staat-Kirche-Verhältnis im Vordergrund. Die meisten Religionssoziologen verneinten die These, Entkirchlichung sei gleichbedeutend mit Säkularisierung, denn zum Traditionsabbruch in den Kirchen entstünden gleichzeitig neue Formen von Religion.

Für die Behandlung des Staat-Kirche-Verhältnisses seien diejenigen Veröffentlichungen besonders in den Blick zu nehmen, die der Kirche zu große Staatsnähe vorwerfen. In den Untersuchungen von Gerhard Besier etwa werde die Kirche nur als willfähiges Objekt angesehen, jede taktische Äußerung als ernsthafte Unterwerfung diskriminiert. Zwar verfüge Besier über ein beherrschendes Entlarvungsinteresse, versäume es aber gleichzeitig zu bedenken, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die Kirchen in der DDR gehandelt haben und damit auch die Grenzen der Autonomiespielräume in den Blick zu nehmen. Die immer wieder herangezogene Obrigkeitsorientierung des deutschen Protestantismus muß nach Pollacks Ansicht heute differenziert gesehen werden, so hätten etwa die NS-Erfahrungen u.a. die Vertrauensfähigkeit vieler Pfarrer in die Obrigkeit zerstört.

Isoliert betrachtet überzeuge ihn keiner der vier Ansätze in der neueren Forschung: weder der biographiegeschichtliche (Neckel, Findeis), der ideengeschichtliche (Planer-Friedrich, Vollnhals, Graf), der gesellschaftstheoretische noch der milieutheoretische (Kleßmann, Neubert).

Um das Alternativschema von Anpassung und Verweigerung zu überwinden, sei es nötig, nach den politischen, gesellschaftlichen, kulturellen, aber auch theologischen Bedingungen in der DDR zu fragen.

In seinem Referat über „*Kirchlich-protestantische Milieus im deutsch-deutschen Vergleich*“ betonte **Prof. Dr. Christoph Kleßmann** (Potsdam) die Leistungsfähigkeit des Milieubegriffs für die kirchliche Zeitgeschichte, gerade auch für eine Analyse der DDR-Geschichte. Für beide deutsche Staaten bestünden hier aber erhebliche Forschungsdefizite, wobei der Akzent für die Bundesrepublik Deutschland eher auf Veränderung, für die DDR eher auf Resistenz zu liegen scheine.

Ein wesentliches Element zwischen den Polen Kontinuität und Rechristianisierung bilde das Pfarrhaus. Er hält es deshalb für nötig, künftig die politische Geschichte und diejenige der Institutionen durch Milieustudien zu erweitern und gleichzeitig mit Mentalitäts- und Sozialisationsgeschichte, aber auch der Ideen- und Ideologiegeschichte zu verbinden.

Einem Grundlagenbereich historischer Forschung widmete sich **Prof. Dr. Dr. Günther Wartenberg** (Leipzig) in seinem Referat über „*Landeskirchengeschichte und landeskirchliches Archivwesen im geteilten Deutschland*“. Er lenkte in seinen Ausführungen über die Landeskirchengeschichte sein besonderes Augenmerk auf den Neubeginn der Arbeit nach 1945 und die Bemühungen, gesamtdeutsche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Wichtige Zäsuren waren – gerade auch für das Archivwesen – der Mauerbau von 1961 und 1968/69 die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR.

Während nach 1945 die landeskirchengeschichtliche Arbeit im Westen relativ ungehindert weitergeführt werden konnte, kam es in der sowjetisch besetzten Zone – mit Ausnahme von Thüringen – zu einer grundsätzlichen Liquidation des Vereinswesens.

Die bereits seit 1936 funktionstüchtige Kirchliche Arbeitsgemeinschaft für Archivwesen, bestand unangefochten auch im Osten weiter, verstärkt durch das seit 1945 in Hannover arbeitende Archivamt unter Walther Lampe. Bis 1969 konnten Archivamt und Arbeitsgemeinschaft die verbindende Klammer zwischen den Kirchenarchiven in Ost und West bilden. Nach dem Mauerbau führte 1970 die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für kirchliches Archiv- und Bibliothekswesen beim Bund der evangelischen Kirchen in der DDR zur organisatorischen Trennung, die 1990 erfolgte Wiederaufnahme der Zusammenarbeit im Archivwesen ging nicht ohne ähnliche Konfliktstoffe wie 1947 vonstatten.

Die östlichen Arbeitskreise für Landeskirchengeschichte boten die Möglichkeit, Kultur und Geschichte außerhalb der offiziellen Darstellung zu erleben; dies machte ihre Attraktivität aus. Von daher könnten sie neben der klassischen Vereinsstruktur des Westens ein Modell für die Zukunft sein. Interessant für die weitere Forschung wäre eine biographische Darstellung der im Archivwesen Tätigen unter generationsspezifischen Gesichtspunkten.

„*Zum Verhältnis von Katholiken und Protestanten im geteilten Deutschland*“ sprach aus katholischer Sicht **Prof. Dr. Heinz Hürten** (Ingolstadt) und aus evangelischer Perspektive **Dr. habil. Hubert Kirchner** (Berlin).

Hürten stellte einleitend fest, daß momentan mehr Editionen über die katholische Kirche in der DDR als in der Bundesrepublik Deutschland vorlägen. In ihnen sei zwar das Verhältnis der Konfessionen untereinander vielfach berührt, aber noch nicht eigentlich zum Gegenstand gemacht worden. Deshalb könne er lediglich Rahmenbedingungen vorstellen, unter denen sich dieses Verhältnis gestaltete. Während in der Bundesrepublik Deutschland etwa Parität unter den Konfessionen herrschte, bildeten die Katholiken in der DDR nur eine kleine Minderheit. Der restriktive Charakter des katholischen Engagements in der DDR erkläre sich auch aus dieser Minderheitensituation. Im Westen hingegen entwickelte sich für das offizielle Verhältnis ein „festes Protokoll“; so wurden z. B. Kirchentage und Katholikentage jeweils aus dem anderen Lager beschickt. Hürten schloß seinen

Vortrag mit der Prognose, daß künftig die gemeinsame Minderheitensituation der Kirchen in der Gesellschaft deren Gemeinschaft vertiefen werde.

Nach Auffassung von Kirchner, Vertreter der Außenstelle des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim, konnte von einem wirklichen ökumenischen Bewußtsein nach dem Krieg noch keine Rede sein. Die Diasporasituation führte aber zu einem verstärkten Aufeinanderzugehen. Zu einem wichtigen Feld des Zusammenkommens entwickelte sich die Kirchenmusik. Seit 1958 gab es einen Pfarrererbeits- und Begegnungskreis. Beiderseitige ökumenische Kommissionen arbeiteten miteinander und unterhielten Kontakte zueinander. Das Spitzengespräch von 1978 und die Formel von der „Kirche im Sozialismus“ wirkte irritierend für die katholische Seite. Bischof Warnke (Erfurt) setzte sich behutsam für eine neue Bewertung der Situation ein und rief zum gemeinsamen Zeugnis angesichts der Menschheitsprobleme auf. Im Jahr der deutschen Einheit bedauerte der Berliner Kardinal Sterzinsky, daß man bisher keine Gemeinsamkeit gefunden hätte, die sozialetischen und gesellschaftspolitischen Fragen zu besprechen; er dankte den evangelischen Gemeinden für ihren Einsatz und sprach vom Versagen auf katholischer Seite. Kirchners Resümee lautete, daß beim evangelisch-katholischen Verhältnis in der DDR weniger von Ergebnissen auszugehen als auf einen Prozeß unter der Bedingung der Teilung Deutschlands zu verweisen sei, der zu je eigenen Positionsbestimmungen herausforderte.

In seinem Vortrag „*Das Leitbild Demokratie. Konvergenzen und Differenzen in den Positionen der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR*“ ging **OKR Prof. Dr. Harald Schultze** (Magdeburg) davon aus, daß es in beiden Kirchen einen Demokratisierungsprozeß gegeben habe, wenngleich die politischen Rahmenbedingungen unterschiedlich gewesen seien.

Unter Berufung auf Doering-Manteuffel wies er darauf hin, wie spät sich führende evangelische Persönlichkeiten in der Bundesrepublik auf die demokratische Staatsform eingestellt hätten. Die EKD agierte zwar auf demokratischer Grundlage, habe sich allerdings erst 1985 mit ihrer Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ grundsätzlich zur Demokratie geäußert.

Der Kampf um die Menschenrechte bildete ein Leitthema in der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen; auch im Kampf um die Religionsrechte leisteten die DDR-Kirchen nach Auffassung Schultzes Exemplarisches.

In der Diskussion beharrte Schultze auch nach kritischen Rückfragen darauf, daß es in der Bundesrepublik Diskrepanzen zwischen Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit gegeben habe. Die Christen in der DDR lebten hingegen zwar in einer scheindemokratischen Verfassung, von dort aus aber sollten weitere Grundrechte durchgesetzt werden. Die Rolle einer Oppositionspartei konnte und wollte die Kirche jedoch nicht übernehmen.

Mit seinem öffentlichen Vortrag „*Kirche und Öffentlichkeit. Zwischen Medienwirklichkeit und Alltagserfahrung in der DDR und in der Bonner Republik*“ lieferte **Bischof i.R. Dr. Christoph Demke** (Berlin) einen kritischen, erfahrungsgesättigten Bericht. Er beschrieb die weitgehende Verdrängung von Religion aus der medialen Öffentlichkeit in der DDR, gab jedoch auch zu bedenken, daß die Kirche in der Bundesrepublik Deutschland sich in einem Kommunikationsghetto befand bzw. befindet, denn das Problem des Hinhörens sei auch ein Problem der pluralen Gesellschaft. Die „Vergleichgültigung“ der öffentlichen Wahrnehmung von Religion, so Demke, sei Ausdruck der „bürgerlichen Zeit“, nicht des Marxismus.

Gertraud Grünzinger M.A.

„Kommission für den reformierten Protestantismus e.V.“ Ein Gründungsbericht

Mit dem Eintrag in das Register des Amtsgerichts Wuppertal existiert seit dem 15.6.1999 der Verein „Kommission für den reformierten Protestantismus e.V.“. Dies ist der vorläufig letzte Akt einer Gründungsgeschichte, der 1996 mit einer Gesprächsrunde in Frankfurt/Main begonnen hatte. Hans-Georg Ulrichs, heute Pfarrvikar in Plankstadt, beklagte damals die geringe Vernetzung der verstreut lebenden Reformierten, ein Defizit auf dem Gebiet der reformierten Kirchengeschichte allgemein und einen Mangel an Informationen über neue Forschungsergebnisse.

Diese Gedanken aufgreifend, trafen sich am 10. und 11. Februar 1997 auf Einladung des Reformierten Bundes Theologen und Historiker zu einer Konsultation im Hanns-Lilje-Haus in Hannover. Als erstes Ergebnis der Gesprächsrunde und einer weiteren vorbereitenden Beratung in Wuppertal wurde ein „Arbeitskreis zur Geschichte des reformierten Protestantismus“ ins Leben gerufen, der mit der Tagung vom 29.–31. März 1998 in der Johannes a Lasco-Bibliothek in Emden erste Zeichen setzte. Ermutigt durch die anerkennende Reaktion konstituierte sich noch in Emden eine kleine Arbeitsgruppe, die den Auftrag erhielt, auf diesem Weg fortzufahren.

Bei einer Zusammenkunft im September 1998 im Hause des Reformierten Bundes in Wuppertal legte die Arbeitsgruppe das Programm für die 2. Tagung in Emden vom 17.–19. Oktober 1999 fest und konzipierte eine Buchreihe für zukünftige Veröffentlichungen, die im foedus-Verlag Wuppertal erscheinen.

Die Hauptvorträge der Professoren, Harm Klueting, Alasdair I.C. Heron und Günther van Norden, und einige der Kurzvorträge der 1. Emdener Tagung liegen jetzt vor: Matthias Freudenberg (Hg.): Profile des reformierten Protestantismus aus vier Jahrhunderten. Vorträge der ersten Emdener Tagung zur Geschichte des reformierten Protestantismus. Emdener Beiträge zum reformierten Protestantismus. Band 1. Wuppertal 1999.

Die 2. Emdener Tagung (17.–19.10.1999) bot Vorträge zu folgenden Themen: Schleiermachers reformiertes Erbe (Jan Rohls, München), Brennpunkte in der niederländischen Theologiegeschichte des 19. Jahrhunderts (Molendijk, Leiden), Heinrich Bullingers politische Beziehungen nach Frankreich (Andreas Mühling, Bonn), Frauen im französischen Protestantismus (Rosine Lambin, Oldenburg u. Kleve), zur Christologie von Erasmus von Rotterdam und Zwingli (Christine Christ-von Wedel, Frauenfeld).

Der nächste Schritt, die eigentliche Gründungsversammlung der Kommission, wurde auf Initiative von Hans-Georg Ulrichs und unter der Federführung von Prof. Dr. Harm Klueting am 30. April 1999 in Frankfurt/Main vollzogen. Als Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender: Prof. Dr. Harm Klueting, stellvertretender Vorsitzender: Prof. Dr. Jan Rohls (München), Schriftführer: Dr. theol. Matthias Freudenberg (Erlangen), Schatzmeisterin: Dr. phil. Sigrid Lekebusch (Wuppertal), Beisitzer: Prof. Dr. theol. Alasdair I.C. Heron (Erlangen), Pastor Walter Schulz (Emden), Pfarrvikar Hans-Georg Ulrichs (Plankstadt). Der Reformierte Bund ist durch den Generalsekretär, Pfarrer Dr. theol. h.c. Hermann Schaefer, im Vorstand vertreten.

Ziel der „Kommission für den reformierten Protestantismus e.V.“ ist lt. Satzung die wissenschaftliche „Erforschung der Geschichte des reformierten Protestantismus im deutschsprachigen Raum in seinem europäischen und internationalen Kontext in allen Bereichen“. Dies soll „insbesondere durch Tagungen und Veröffentlichungen“ gefördert werden.

Der Mitgliedsbeitrag in dem Verein beträgt 60 DM jährlich, im Gründungsjahr 30 DM (der Antrag auf Erteilung der Gemeinnützigkeit ist gestellt). Interessenten können sich anmelden bei: Prof. Dr. H. Klueting, Historisches Seminar der Universität Köln, Albertus-

Magnus-Platz, 50923 Köln, oder bei der Unterzeichneten: Dr. Sigrid Lekebusch, Lortzingstr. 11, 42289 Wuppertal.

Sigrid Lekebusch

Die Protestantischen Kirchen in Zentral- und Osteuropa unter kommunistischer Herrschaft

Angeregt von der Internationalen Ordass-Stiftung, vorbereitet von einer internationalen Beratergruppe und gefördert von der Volkswagenstiftung sowie dem Dänischen Forschungsrat, fand vom 21. bis 24. Oktober 1999 im großzügigen Konferenzzentrum der Universität Aarhus, Schloß Sandbjerg bei Sønderborg (Dänemark), ein Internationales Symposium zum Thema „Die protestantischen Kirchen in Zentral- und Osteuropa unter kommunistischer Herrschaft statt.

Rev. L.G. Terray (Oslo), Prof. Dr. J.H. Schjørring (Aarhus) und Prof. Dr. C. Nicolaisen (München) waren an der Durchführung dieser bedeutenden Konferenz führend beteiligt. Die 24 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Dänemark, Deutschland, England, Estland, Finnland, Kroatien, Lettland, Litauen, Norwegen, Rumänien, Rußland, Schweden, der Schweiz, der Slowakei, Tschechien und Ungarn vermittelten in ihren Beiträgen ein erstes Bild von der Situation der protestantischen Kirchen in den verschiedenen Staaten des ehemaligen Ostblocks. Das besondere Interesse der Konferenzteilnehmer galt dabei der Frage, in welchem Umfang die einschlägigen Archive heute zugänglich sind und welche Forschungsprojekte bereits bearbeitet werden.

Als Ergebnis der vielfältigen Diskussionen kann festgehalten werden: Die Voraussetzungen für die historische Aufarbeitung in den einzelnen Staaten des östlichen Europas sind sehr unterschiedlich. Häufig fehlt es noch an hinlänglich qualifizierten Forschern, ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten in den Archiven und vor allem angemessenen finanziellen Mitteln. Mit großer Anerkennung wurde zugleich aber auch vermerkt, mit welcher Sachkenntnis und welchem Engagement eine junge Forschergeneration dort inzwischen an der Arbeit ist. Diese gilt es in Zukunft verstärkt zu fördern. Neben direkter finanzieller Unterstützung einzelner Projekte wird dabei auch der internationale Austausch eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

Für die Aufarbeitung der Geschichte der protestantischen Kirchen im östlichen Europa unter kommunistischer Herrschaft, die sich in der Regel in einer Minderheitensituation befanden, wird es in Zukunft nötig sein, auch die Beziehungen zu den Mehrheitskirchen, die regionalen Ausprägungen der staatlichen Kirchenpolitik und deren wechselnde Interessenlagen sowie das Verhältnis zu den ökumenischen Organisationen genauer herauszuarbeiten. Ebenso wichtig sind Untersuchungen zu der Frage, in welchem Ausmaß die marxistisch-leninistische Ideologie die staatliche Kirchenpolitik der Ostblockstaaten bestimmte. Dabei ist auch zu klären, in welchem Umfang die sowjetische Führung die Kirchenpolitik ihrer Satellitenregime anleitete und kontrollierte.

Die verschiedenen Beiträge der Konferenz ließen bereits erkennen, daß die stark unterschiedlichen historischen, nationalen und konfessionellen Voraussetzungen in den verschiedenen Staaten des sowjetischen Machtbereichs die Steuerungsmöglichkeiten der sowjetischen Zentralmacht deutlich eingrenzten. Stärker als bisher wird es auch darauf ankommen, die Kirchengeschichte der jeweiligen Länder mit deren allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Entwicklung zu verzahnen. Dabei werden die Kirchengeschichtler auf eine enge Zusammenschau mit den Allgeheimhistorikern angewiesen sein, insbesondere auch bei der Zusammenschau der Kirchen- und Parteigeschichte in den jeweiligen Staaten.

Ein besonderes Problem für die Forschung stellt die sprachliche Vielfalt des östlichen Europas dar. Deshalb sollten möglichst bald von den zuständigen Forschern Quellentexte von zentraler Bedeutung in Übersetzungen (und Kommentaren) allgemein verfügbar gemacht werden.

Übereinstimmung herrscht weithin auch darin, daß eine sachorientierte Aufarbeitung der Kirchlichen Zeitgeschichte wesentliche Beiträge zu den gegenwärtigen Diskussionen über das Kirchenverständnis in den protestantischen Kirchen des östlichen Europas und zu den dort virulenten Fragen zu leisten vermag.

Die Konferenz in Schloß Sandbjerg war ein guter Anfang. Es wurde erkennbar, daß die gemeinsame Behandlung auch komplizierter, weil mit den Lasten der schwierigen Vergangenheit befrachteter Probleme inzwischen möglich ist. Der Wille zur Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg ist bei den beteiligten Forscherinnen und Forschern groß.

Ein Teilnehmer bezeichnete die Konferenz als „Warmlaufphase“, der weitere Initiativen folgen müßten. Weil die Beratergruppe, die im Anschluß an die Konferenz deren Ergebnisse intensiv diskutierte, sich insbesondere die gezielte Förderung junger „autochthoner“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Aufgabe gemacht hat, wurde beschlossen, Ende Januar 2001 zu einer zweiten Konferenz nach Gallneukirchen bei Linz (Österreich) einzuladen, bei der speziell die Phase der Errichtung der kommunistischen Diktatur in den Staaten des östlichen Europas, deren Auswirkungen auf die protestantischen Kirchen und die Reaktionen der Kirchen auf den gesellschaftlichen Umsturz vergleichend untersucht werden sollen.

Prof. Dr. Peter Maser

„Zehn Jahre danach ... Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft“. Wissenschaftliches Kolloquium vom 28. bis 29.10.1999 in Leipzig

In den letzten Oktobertagen dieses Jahres luden die Theologische Fakultät der Universität Leipzig und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte zu einer Tagung nach Leipzig ein, in deren Mittelpunkt das Nachdenken über die Verantwortung von Kirche und Theologie in der Gesellschaft stand. Besonderer Anlaß, nicht aber alleiniges Thema des Kolloquiums war die friedliche Revolution von 1989, die sich in diesem Herbst zum zehnten Male jährte. In den Vorträgen und Diskussionen der Tagung, die bis auf Dr. Jürgen Schmudes Referat im Gebäude der Theologischen Fakultät stattfanden, wurden sowohl Fragen themenspezifischer Natur erörtert, als auch grundsätzliche Probleme von Geschichte und Gesellschaft aufgegriffen.

Das die Tagung einleitende und ganz im Horizont der auf Maurice Halbwachs und Aby Warburg zurückgehenden Gedächtnisforschung stehende Referat von **Prof. Dr. Kurt Nowak** (Leipzig) zur „*Konstruktion der Vergangenheit – Der Gedächtnisort ,1989‘*“ ersetzte im Hinblick auf das Ereignisdatum 1989 das vertraute Verfahren der Zeitgeschichte durch eine Reflexion über Gedächtnis und Geschichte und warf damit Fragen nach dem Zusammenhang und der Differenz von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis und Zeitgeschichtsschreibung auf. Das Gedächtnis, so der Referent, sei ein Absolutes, die Geschichte dagegen kenne nur das Relative; die Memoria erfordere Verbindlichkeit – und sei dadurch auch kein fremdes Thema für Theologie und Kirche –, während die Geschichte einem Pluralismus der Lesarten unterliege. Im Blick auf die gelebte Geschichte der DDR stehe die kommunikative Gedächtniskultur in einem Spannungsfeld von Permissivität und Restriktivität; die kulturelle Memoria tendiere dazu, den „Gedächtnisort 1989“ zur „Lichtstunde der Freiheit“ zu erheben, ein Umstand, der die Problematik des rechten Maßes me-

morialer Haltung aufwerfe. Die theologische Arbeit an den ethischen und kulturpraktischen Aspekten des „Gedächtnisortes 1989“ habe allerdings noch kaum begonnen. Der Referent plädierte für die Zulassung jeder individuellen Erinnerung, da eine Ächtung bestimmter Teile von ihr zu einer Verdrängung in den kulturellen Untergrund führe und betonte, daß das kollektive Gedächtnis nicht auf Schlagworte reduziert, sondern lebendig erhalten werden müsse. Für Kirche und Theologie wurde im Referat eine verstärkte Verantwortung für und aktivere Teilhabe an der historiographischen Kultur und memorialen Politik in der deutschen Gesellschaft angemahnt.

Eine dezidiert politische Themenstellung bot **Dr. Friedemann Stengel** (Halle) in seinem datengesättigten Vortrag zur „*Rolle der Theologischen Fakultäten in der DDR zwischen 1980 und 1990*“, der die Grundlinien der Staatspolitik gegenüber den „Sektionen Theologie“, die Zusammensetzung und politische Orientierung innerhalb der Lehrkörper und der jeweiligen Studentenschaft sowie die politischen Konfliktfelder an den Sektionen darstellte. Das Referat verdeutlichte das Problem einer ausgewogenen Darstellung der Situation an den Sektionen Theologie, das in der Spannung zwischen dem präsentierten Außenbild und fakultätsinternen Divergenzen bestand. So äußerten sich z.B. Universitätstheologen zwar öffentlich kaum kritisch zur politischen Lage der DDR, die Bereitschaft zur Akklamation war aber durchaus sehr verschieden ausgeprägt. Ebenso ambivalent dimensioniert gestaltete sich die Mitarbeit von Dozenten in staatlichen und staatstragenden Organisationen, besonders dem MfS. Die politischen Konflikte an den Sektionen, die sich besonders an Fragen zur Wahlbeteiligung, der Teilnahme an militärischen Übungen im Rahmen des Studiums, der FDJ-Arbeit und öffentlichen Protesten oder Petitionen entzündeten, seien Spiegelbild des Basiskonfliktes zwischen oppositionellen Gruppen, Kirchen und Staat in den 80er Jahren, konstatierte Stengel. Die Reaktionen der Hochschullehrer auf oppositionelle studentische Aktivitäten – der Referent erörterte besonders die Taktiken des Ignorierens, Bagatellisierens, Solidarisierens, Reglementierens und Theologisierens – zielten auf ein Austarieren der Kontroversen zwischen Studentenschaft und Staat ab. Stengel resümierte, daß es dem SED-Staat nicht gelungen sei, in seinem Sinne die universitäre Theologie in der DDR inhaltlich zu gestalten: im Panorama der ostdeutschen Geisteswissenschaften habe die Theologie Alternativcharakter gehabt.

Der öffentliche Abendvortrag von **Dr. Jürgen Schmude** (Moers) „*Unser Glaube mischt sich ein – Demokratie als Angebot und Aufgabe*“ in der Aula der Alten Nikolaischule wurde durch ein *Grußwort des Prorektors der Universität Leipzig, Prof. Dr. Christoph Kähler*, eröffnet. In seinem Referat reflektierte der Bundesminister a.D. und Präses der Synode der EKD über die Demokratiebeteiligung evangelischer Christen in diesem Jahrhundert und zeigte eine Genese des Zusammenschreitens von Kirche und demokratischem Staat im westlichen Deutschland seit 1945 auf. Ein Meilenstein dieser Entwicklung sei die 1985 veröffentlichte Demokratie-Denkschrift der EKD gewesen. In der DDR wären die Ansätze zur Demokratie zwar staatlicherseits unterdrückt worden, die Kirche im Osten als der einzige demokratische Sektor habe aber stets für die Mündigkeit der Bürger, für mehr Mitbestimmung in politischen Fragen und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, d.h. für demokratische Grundsätze, votiert. Damit stelle sich die Frage, ob es wirklich nur westliche Vorstellungen seien, die die heute auch im Osten Deutschlands geltende Demokratie geprägt haben. Schmudes Plädoyer für eine größere Beteiligung von Christen an der Demokratie – u.a. auf der Prämisse basierend, daß durch diese Staatsform keine Unterdrückung oder Vereinnahmung der Verkündigung des Evangeliums drohe und der Kirche in der Demokratie Handlungsspielräume wie nie zuvor offenstünden – ging einher mit der Überlegung, daß es keine akzeptable Lösung sei, den demokratischen Staat selbst in Frage zu stellen, es aber sehr wohl Alternativen zur Politik, zu politischen Konzepten und zur

Arbeit der Parteien gäbe. Die Demokratie biete die Möglichkeit, den westdeutsch geprägten Rechtsstaat von heute zu verbessern.

Das „berichtende Referat“ von *Landesbischof i.R. D. Dr. Johannes Hempel* (Dresden) über „*Das begrenzte politische Mandat der Kirchen – Überlegungen zur Bedeutung und Tragfähigkeit einer theologischen und kirchenpolitischen Option*“ führte zur Frage der Zeitzeugenschaft in der Geschichtsschreibung. Der Referent sprach über das politische Mandat der Kirche, wie er es in der DDR wahrgenommen hat, nämlich als Begrenzung des gesellschaftsethisch relevanten Handelns der Kirche in Verbindung mit einer Konzentration auf biblische Inhalte. Angesichts einer feindseligen politischen Umwelt gelte es für die Kirche, speziell für ihre Leitungsgruppen, ihren Glauben zu stärken und die Verbreitung des Evangeliums als die wichtigste Aufgabe anzusehen. Das begrenzte politische Mandat der Kirche, so der Referent, sei Abwehr einer falsch verstandenen „Zwei-Regimenten-Lehre“. Im folgenden ging Hempel auf die „permanente Dauerbeschäftigung“ kirchlicher Leitungsträger in der DDR ein: Konfliktlösungen im Alltag und „dauernder Grabenkrieg“ mit staatlichen Vertretern. Die Versöhnungsarbeit gegenüber der seitens der DDR-Regierung als feindlich eingestuften Länder und die Predigt von Hoffnung und christlichem „Dennoch“ hätten eine bedeutsame Rolle im Wirken der Kirche in der DDR gespielt. Den Schluß des Referates bildeten Überlegungen zum begrenzten politischen Mandat der Kirche angesichts der Hauptprobleme der Zukunft, die Hempel im gleichzeitigen Anwachsen von Weltbevölkerung und Weltarmut sieht. Die Rede von einem begrenzten politischen Mandat könne in einer solchen Situation ihren positiven Sinn verlieren und die Grenzen kirchlicher und christlicher Kompetenz stärker in den Blick rücken.

Interessante Anfragen an Dr. Schmudes Ausführungen zur Demokratie stellte das letzte Referat der Tagung, „*Kirche mitten im Geschehen, vor und während der Wende – eine ungarische Sicht*“ vom kirchenpolitischen Berater des ungarischen Ministerpräsidenten, *Pfarrer Zoltan Balog* (Budapest). Balog schilderte im Hauptteil seines Vortrages den Weg hin zur „Wende“ in seinem Heimatland in den 80er Jahren und kristallisierte die Unterschiede kirchenpolitischen Handelns in Ungarn und der DDR unter den jeweiligen sozialistischen Regierungen heraus. So wurde z.B. der fehlende Kontakt oppositioneller Gruppen zur evangelischen Kirche in Ungarn erläutert bzw. deren Solidarität mit der Opposition, die im Gegensatz dazu in der DDR stark ausgeprägt war sowie das Fehlen der DDR-typischen Umwelt- und Friedensgruppen in Ungarn und die besondere Lage der universitären Theologie in der DDR, die durch die Existenz der relativ staatspolitisch resistenten Theologischen Seminare eine andere Machtposition gegenüber dem Staat inne hatte als in Ungarn. Der Referent charakterisierte die Funktion der ungarischen Kirche als eine „bewahrende“. Die von der Kirche verkörperte „zweite Öffentlichkeit“ sei eine „Ghettoöffentlichkeit“ mit nur kleinem Zugang gewesen. Im weiteren umriß er in seinen Ausführungen grundsätzliche Probleme der heutigen Zivilgesellschaft, in der es nicht mehr „die“ Öffentlichkeit oder „die“ Demokratie gäbe, sondern eine Vielzahl differenzierter Akteure und Handlungsgruppen – eine Situation, die einen grundsätzlichen Wandel seit 1989 anzeige. Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen plädierte Balog für ein gesundes Mißtrauen gegenüber dem Staat und betonte, man dürfe mit der Ereignisgeschichte nicht die neoliberale Marktwirtschaft unterstützen.

Das Kolloquium wurde am Freitagmittag durch den Dekan der Theologischen Fakultät Leipzig, Prof. Dr. Dr. Nowak, mit einigen Überlegungen zur Frage „Wem gehört die Geschichte?“ beendet.

Eine Drucklegung der Tagungsbeiträge unter dem Titel „Zehn Jahre danach. Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft (1989–1999)“ ist für das Frühjahr 2000 in der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig geplant.

Gisa Bauer (Leipzig) *gen in der Reihe „Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte“*

Erschienen sind:

FRIEZE, HARTMUT: Otto Dibelius in der Zeit zwischen Monarchie und Diktatur. Mit einer Bibliographie der Veröffentlichungen von Otto Dibelius (AKZG Reihe B: Darstellungen, 27). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998.

WEILING, CHRISTOPH: Die „Christlich-deutsche Bewegung“. Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik (AKZG Reihe B: Darstellungen, 28). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998.

BOOKHAGEN, RAINER: Die evangelische Kinderfliege und die Innere Mission in der Zeit des Nationalsozialismus. Mobilisierung der Gemeinden. Bd. 1: 1933 bis 1937 (AKZG Reihe B: Darstellungen, 29). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998.

ROGGELEIN, HOLGER: Franz Hildebrandt. Ein lutherischer Dissenter im Kirchenkampf und Exil (AKZG Reihe B: Darstellungen, 31). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999.

Zuletzt erschienen:

BEHR, PETER: Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt. Die Kirchenratskongressarbeit in Sachsen im Kontext der SED-Kirchenpolitik 1968–1975 (AKZG Reihe B: Darstellungen, 32). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999.

Die Frage nach der Zukunft der Kirche stellte sich in der DDR angesichts der staatlich geförderten Entkirchlichung breiter Bevölkerungsschichten mit besonderer Dringlichkeit. In Sachsen widmete sich die evangelische Kirchenratskongressarbeit dieser Frage konzentriert, basisbezogen und mit Engagement. Auf den seit 1968 regelmäßig durchgeführten Kirchenratskongressen kamen Gemeindeglieder unterschiedlicher Herkunft miteinander ins Gespräch, tauschten Erfahrungen aus und entwickelten Konzepte, wie hier „sozialistische“ Umwelt als Herausforderung und Aufgabe für die christliche Gemeinde begriffen und als Chance für missionarisches Handeln wahrgenommen werden könnte. Diese Arbeit wurde damit zu einem nicht unwesentlichen Erfolgsfaktor in dem von der SED angestrebten Aufbau einer „sozialistischen Menschengemeinschaft“.

STROHM, ANNE: „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1983 bis 1987 (AKZG Reihe B: Darstellungen, 33). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999.

Kirche und Staat in der DDR waren sich über die Notwendigkeit, einen Beitrag zur globalen Friedenssicherung zu leisten, einig. Dissens gemeinsamen Nenner entsprach das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“.

Warum gerade dieses Symbol in Verbindung mit der Forderung der evangelischen Kirchen nach Friedenserziehung einen der schwersten Staat-Kirche-Konflikte provozierte, wird hier analysiert. Dabei werden zahlreiche Aussagen von Zeitzeugen einbezogen und am Beispiel von zwei konkreten Einzelfällen die Auswirkungen des unerbilligten staatlichen Vorgehens gegen die Träger des Auftrages mit dem Symbol dargestellt.

Nachrichten

Neuerscheinungen in der Reihe „Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte“

Erschienen sind:

FRITZ, HARTMUT: Otto Dibelius in der Zeit zwischen Monarchie und Diktatur. Mit einer Bibliographie der Veröffentlichungen von Otto Dibelius (AKZG Reihe B: Darstellungen. 27). Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1998.

WEILING, CHRISTOPH: Die „Christlich-deutsche Bewegung“. Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik (AKZG Reihe B: Darstellungen. 28). Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1998.

BOOKHAGEN, RAINER: Die evangelische Kinderpflege und die Innere Mission in der Zeit des Nationalsozialismus. Mobilmachung der Gemeinden. Bd. 1: 1933 bis 1937 (AKZG Reihe B: Darstellungen. 29). Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1998.

ROGGELIN, HOLGER: Franz Hildebrandt. Ein lutherischer Dissenter im Kirchenkampf und Exil (AKZG Reihe B: Darstellungen. 31). Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1999.

Zuletzt erschienen:

BEIER, PETER: Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt. Die Kirchentagskongreßarbeit in Sachsen im Kontext der SED-Kirchenpolitik 1968–1975 (AKZG Reihe B: Darstellungen. 32). Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1999.

Die Frage nach der Zukunft der Kirche stellte sich in der DDR angesichts der staatlich geförderten Entkirchlichung breiter Bevölkerungsschichten mit besonderer Dringlichkeit. In Sachsen widmete sich die evangelische Kirchentagskongreßarbeit dieser Frage konzentriert, basisbezogen und mit Engagement. Auf den seit 1968 regelmäßig durchgeführten Kirchentagskongressen kamen Gemeindeglieder unterschiedlichster Herkunft miteinander ins Gespräch, tauschten Erfahrungen aus und entwickelten Konzepte, wie ihre „sozialistische“ Umwelt als Herausforderung und Aufgabe für die christliche Gemeinde begriffen und als Chance für missionarisches Handeln wahrgenommen werden könne. Diese Arbeit wurde damit zu einem nicht unwesentlichen Störfaktor in dem von der SED angestrebten Aufbau einer „sozialistischen Menschengemeinschaft“.

SILOMON, ANKE: „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982 (AKZG Reihe B: Darstellungen. 33). Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1999.

Kirche und Staat in der DDR waren sich über die Notwendigkeit, einen Beitrag zur globalen Friedenssicherung zu leisten, einig. Diesem gemeinsamen Nenner entsprach das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“.

Warum gerade dieses Symbol in Verbindung mit der Forderung der evangelischen Kirchen nach Friedenserziehung einen der schwersten Staat-Kirche-Konflikte provozierte, wird hier analysiert. Dabei werden zahlreiche Aussagen von Zeitzeugen einbezogen und am Beispiel von zwei konkreten Einzelfällen die Auswirkungen des unerbittlichen staatlichen Vorgehens gegen die Träger des Aufnähers mit dem Symbol dargestellt.

BÜLOW, VICCO VON: Otto Weber (1902–1966). Reformierter Theologe und Kirchenpolitiker (AKZG Reihe B: Darstellungen. 34). Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1999.

Der Göttinger Professor für reformierte Theologie Otto Weber hat über mehrere Jahrzehnte die reformierte Theologie in Deutschland geprägt und war auch an zentralen kirchenpolitischen Ereignissen beteiligt. Dabei wurde vor allem sein Engagement bei den Deutschen Christen während der Anfangsjahre der NS-Zeit vielfach kritisiert.

Diese biographische Untersuchung stellt erstmals Webers Leben dar und erschließt gleichzeitig sein theologisches Werk im Kontext wichtiger Entwicklungen der deutschen Kirchen- und Theologiegeschichte des 20. Jahrhunderts.

Demnächst erscheinen:

DOKUMENTE ZUR KIRCHENPOLITIK DES DRITTEN REICHES. Hg. von der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Band IV: 1937–1939. Vom Wahlerlaß Hitlers bis zur Bildung des Geistlichen Vertrauensrates (Februar 1937–August 1939). Bearbeitet von Gertraud Grünzinger und Carsten Nicolaisen. Chr. Kaiser/Gütersloher Verlagshaus. Gütersloh 2000.

Dieser Band vereinigt Dokumente zur Politik der nationalsozialistischen Staats- und Parteiführung gegenüber der evangelischen und der katholischen Kirche zwischen 1937 und 1939. Viele der Dokumente – vor allem aus dem Bestand des Reichskirchenministeriums im Bundesarchiv Berlin – werden erstmals veröffentlicht. Neben der Kirchenpolitik im engeren Sinne belegen sie die Auseinandersetzungen auf den verschiedensten Aktionsfeldern, etwa der Schule, der Presse, dem Film, den Fakultäten, Verbänden und karitativen Einrichtungen.

Während die kirchenpolitische Haltung Hitlers uneindeutig und zögerlich bleibt, wird deutlich, daß die „weltanschaulichen Distanzierungskräfte“ in der Partei immer mehr versuchen, ihre kirchenfeindlichen Ambitionen in die kirchenpolitische Linie der Staatsführung einfließen zu lassen. In der Behörde des Stellvertreters des Führers gewinnt Martin Bormann zunehmend Einfluß; faktisch konnte seit 1937 keine kirchenpolitische Entscheidung mehr ohne sein Einverständnis getroffen werden. Diese Entwicklung schränkte die Ressortbefugnis von Reichskirchenminister Kerrl ein und hinderte ihn, sein Ordnungswerk fortzuführen. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS observierte nicht nur die Gegner des Regimes, sondern auch die Aktionen des Reichskirchenministers.

Obwohl Kerrl zuletzt von seinem bisher vertretenen Synthese-Konzept abrückte und nun die Trennung von Weltanschauung und Religion propagierte, gelang es ihm nicht, eine kirchenpolitische Konzeption zu entwickeln, die sowohl gegenüber der Kirche als auch gegenüber Staat und NSDAP durchsetzbar gewesen wäre.

Auf katholischer Seite verschärften sich die Spannungen zwischen Vatikan, deutschem Episkopat und Reichsregierung seit der Veröffentlichung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ im März 1937. Die Kontroversen um Geltung und Einhaltung des Reichskonkordats hielten an; sie waren gepaart mit taktischen Überlegungen zur Aufhebung des Konkordats, um aus der Sicht des Regimes den Machtanspruch der katholischen Kirche zu brechen.

Der Folgeband (in Vorbereitung) wird den Zeitraum von 1939 bis 1945 umfassen, sich allerdings auf das „Altreich“ beschränken. Die Dokumentation der Kirchenpolitik in den seit 1938 annektierten und später im Krieg besetzten Gebieten bleibt eigenen Bänden vorbehalten.

„**GLAUBENSZEUGEN DES 20. JAHRHUNDERTS**“. Diese gemeinsame Veröffentlichung von EKD und Deutscher Bischofskonferenz enthält Biographien von „Blutzeugen des Glaubens“ sowie eine Einleitung von Karl-Joseph Hummel und Christoph Strohm, die diesen Band auch herausgeben.

Evangelische Beiträge: Dietrich Bonhoeffer, Oskar Brüsewitz, Traugott Hahn, Werner Ihmels, Helmuth James Graf von Moltke, Hermann Reinmuth, Friedrich Justus Perels, Paul Schneider, Hermann Stöhr, Werner Sylten, Adolf Wagner, Vorstand der deutschen Gemeinde in Baku.

Katholische Beiträge: Eugen Bolz, Johanna Decker, Alfred Delp, Willi Graf, Fritz Michael Gerlich, Maria Grollmuß, Adolf Frhr. von Harnier, Bernhard Letterhaus, Bernhard Lichtenberg, Max Josef Metzger, Edith Stein (Sr. Teresia Benedicta a Cruce), Alfons Maria Wachsmann, Joseph Wirmer.

MEHLHAUSEN, JOACHIM/SIEGELE-WENSCHKEWITZ, LEONORE (HG.): Zwei Staaten – zwei Kirchen? Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung. Ev. Verlagsanstalt. Leipzig 2000.

In zehn interdisziplinären Beiträgen von Historikern, Theologen, Religionssoziologen und leitenden Geistlichen zur Geschichte des deutschen Protestantismus zwischen 1949 und 1989 geht es um den Weg der einen, zusammengehörigen evangelischen Kirche in Deutschland, die gleichwohl seit 1969 im Zuge der deutschen Zweistaatlichkeit auch in zwei eigenständige Kirchenbünde geteilt war. Die Aufsätze untersuchen die Rolle der Kirchen in den beiden Staatswesen mit ihren sehr unterschiedlichen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Wertesystemen von einem komparatistischen und beziehungsgeschichtlichen Ansatz aus, um einerseits die gemeinsame Geschichte zu erkunden, andererseits die jeweilige Teilgeschichte prägnanter hervorzuheben.

Inhalt: Trutz Rendtorff: Zwei Staaten – zwei Kirchen? Der Protestantismus in der deutschen Geschichte 1949–1989; Anselm Doering-Manteuffel: Die ideologische Blockbildung im Kalten Krieg und ihre Bedeutung für den westdeutschen Protestantismus in den 1950er und 1960er Jahren; Peter Steinbach: Geteilter Himmel? Der Aufstand vom 17. Juni 1953, der Mauerbau und die militärische Intervention in Prag als Herausforderungen für die politische Orientierung des deutschen Protestantismus; Claudia Lepp: Die evangelische Kirche als „Klammer“ im geteilten Deutschland. Rollenerwartung und Rollenwandel 1948 bis 1969; Detlef Pollack: Die Rolle der evangelischen Kirchen im geteilten Deutschland in religions- und kirchensoziologischer Perspektive; Günther Wartenberg: Landeskirchengeschichte und landeskirchliches Archivwesen im geteilten Deutschland; Christoph Demke: Kirche und Öffentlichkeit. Zwischen Medienwirklichkeit und Alltagserfahrung in der DDR und in der Bonner Republik; Heinz Hürten: Zum Verhältnis von Katholiken und Protestanten im geteilten Deutschland – die katholische Perspektive; Hubert Kirchner: Zum Verhältnis von Protestanten und Katholiken im geteilten Deutschland – die evangelische Perspektive; Harald Schultze: Das Leitbild Demokratie. Konvergenzen und Differenzen in den Positionen der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Hinweise

KIRCHLICHES JAHRBUCH FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND. Begründet von Johannes Schneider. Hg. von Hermann Barth, Wolf-Dieter Hauschild, Martin Kramer und Harald Schultze. Gütersloher Verlagshaus/Chr. Kaiser

Das Kirchliche Jahrbuch informiert in jedem seiner Jahrgänge in drei unterschiedlich gewichteten Lieferungen über wesentliche Entwicklungen, Fragestellungen und Themenkreise von kirchlich-theologischer, gesellschaftspolitischer und politischer Relevanz. In Dokumenten und Kommentaren verschafft es einen schnellen und umfassenden Überblick über Ereignisse, die im Mittelpunkt des Interesses standen, Debatten provozierten und die kirchliche sowie nichtkirchliche Öffentlichkeit nachhaltig beschäftigten. Damit wird es zu einem unentbehrlichen Kompendium aktuellen kirchlichen Geschehens, und deshalb wichtig nicht nur für die unmittelbar Beteiligten, sondern auch für diejenigen, die sich mit kirchlicher Zeitgeschichte beschäftigen.

Lieferung 1 – Dokumente zum kirchlichen Zeitgeschehen. Zu wesentlichen Themen des Zeitgeschehens werden wichtige Texte abgedruckt und in einer knappen Einleitung eingeordnet und kommentiert.

Lieferung 2 – ist einem Schwerpunktthema gewidmet und greift deshalb meist über das jeweilige Berichtsjahr hinaus.

Lieferung 3 – bringt Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben (Kirchliche Statistik, Bibliographie zur Kirchlichen Zeitgeschichte, wichtige Ereignisse des Jahres, Nekrolog) sowie Register.

Im zuletzt erschienenen 122. Jg., 1995 (Gütersloh 1999) ist besonders auf die umfangreiche Lieferung 2 zu verweisen. Unter dem Titel „Diakonie in den Umbrüchen der Gegenwart. Eine Dokumentation der Jahre 1985–1995“ stellt Theodor Strohm, Direktor des Diakoniewissenschaftlichen Instituts der EKD, einschlägige Dokumente bereit und gibt einen materialreichen Überblick über die Entwicklung der Diakonie, auch innerhalb des deutsch-deutschen Einigungsprozesses.

Vom 123. Jg. 1996 ist bereits Lieferung 1 erschienen. Sie enthält:

I. Kirchliche und theologische Grundsatzfragen

1. „Homosexualität und Kirche“ – Zur „Orientierungshilfe“ des Rates der EKD
2. Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde
3. Sterbehilfe und Sterbebegleitung

II. Öffentliche Verantwortung der Kirche

1. Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen
2. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Asylrecht und kirchliche Reaktionen darauf
3. Der Entwurf einer sog. Bioethik-Konvention des Europarates

III. Kirchliche Ereignisse und Entwicklungen

1. 450. Todestag von Martin Luther
2. „Brücken bauen“ – Eine Kommunikationsinitiative der EKD
3. Entwicklung der kirchlichen Finanzen
4. Ökumenische Versammlung in Erfurt
5. Papstbesuch und Ökumene

Wir möchten darauf hinweisen, daß von dem 1987 erschienenen

INVENTAR STAATLICHER AKTEN ZUM VERHÄLTNIS VON STAAT UND KIRCHEN 1933–1945. Hg. von der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte und der Kommission für Zeitgeschichte. 2 Bde und Register

noch Restexemplare zum Preis von DM 60,- über den Verlag Schöningh (Am Jühenplatz 1, 33098 Paderborn, Tel.: 05251/1270) zu beziehen sind.

Kommission für Zeitgeschichte

Vorsitzende: Prof. Dr. Ulrich von Hehl/Dr. Friedrich Kronenberg

Geschäftsführer: Dr. Karl-Joseph Hummel

Veranstaltungen:

1998:

- Zeitzeugentagung „Vatikanische Ostpolitik 1958–1978“.
- Ausstellung „150 Jahre Katholikentage“ in Mainz.

1999:

- Zeitzeugentagung „Caritas in der SBZ/DDR 1945–1990“.
- Doktorandenkolloquium „Katholizismus und Katholische Kirche in der SBZ/DDR“.

2000:

- Zeitzeugentagung „Katholiken und Kirche in Deutschland 1958–1975“.

Veröffentlichungen:

1998:

Scharfenecker, Uwe: Die Katholisch-Theologische Fakultät Gießen (1830–1859). Ereignisse, Strukturen, Personen (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 81). Paderborn u.a. 1998.

Hörster-Philips, Ulrike: Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 82). Paderborn u.a. 1998.

Dahlheimer, Manfred: Carl Schmitt und der deutsche Katholizismus 1888–1936 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 83). Paderborn u.a. 1998.

Schneider, Bernhard: Katholiken auf die Barrikaden? Europäische Revolutionen und deutsche katholische Presse 1815–1848 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 84). Paderborn u.a. 1998.

Hehl, Ulrich von/Kösters, Christoph (Bearb.): Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A. 37). 4. durchges. u. erg. Aufl. Paderborn u.a. 1998.

1999:

Schulte-Umberg, Thomas: Profession und Charisma. Herkunft und Ausbildung des Klerus im Bistum Münster 1776–1940 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 85). Paderborn u.a. 1999.

Arnold, Claus: Katholizismus als Kulturmacht. Der Freiburger Theologe Joseph Sauer (1872–1949) und das Erbe des Franz Xaver Kraus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 86). Paderborn u.a. 1999.

Hummel, Karl-Joseph (Hg.): Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978. Paderborn u.a. 1999.

Hehl, Ulrich von/Kronenberg, Friedrich (Hg.): Zeitzeichen. 150 Jahre Deutsche Katholikentage 1848–1998. Paderborn u.a. 1999.

2000:

in Vorbereitung:

Nordblom, Pia: Für Glaube und Volkstum. Die katholische Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen“ (1934–1939) in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 87). Paderborn u.a. 2000.

Richter, Ingrid: Katholizismus und Eugenik in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Zwischen Sittlichkeitsreform und Rassenhygiene (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 88). Paderborn u.a. 2000.

Röllli-Alkemper, Lukas: Familie im Wiederaufbau. Katholizismus und bürgerliches Familienideal in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. 89). Paderborn u.a. 2000.

Grypa, Dietmar: Die katholische Arbeitnehmerbewegung in Bayern nach dem 2. Weltkrieg. Paderborn u.a. 2000.

Tischner, Wolfgang: Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Paderborn u.a. 2000.

Blet, Pierre: Pius XII. und der 2. Weltkrieg. Die Akten des Vatikan. Paderborn u.a. 2000 (dt. Übersetzung).

Hummel, Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hg.): Glaubenszeugen des 20. Jahrhunderts.

Projekte:

Aktenedition: Kirche und Gesellschaft in Deutschland 1945–1990.

Landeskirchliche Vereinigungen für Kirchengeschichte

Kirchengeschichtliche Kammer für Anhalt

Veröffentlichungen: Gebet und Aufbruch. Kirchengemeinden in Anhalt im Herbst 1989. Hg. zur Erinnerung an die 10jährige Wiederkehr der Wende 1989 von der kirchengeschichtlichen Kammer der Ev. Landeskirche Anhalts. Dessau 1999.

Vorschau: 800 Jahre Stift St. Bartholomäi zu Zerbst.

Projekte: Kunstführer zu den Kirchen Anhalts.

Verein für Kirchengeschichte in der Ev. Landeskirche in Baden

Veröffentlichungen: Die Union. Korrespondenzblatt des Vereins für Kirchengeschichte in der Ev. Landeskirche in Baden. Nr. 3, Mai 1998; Nr. 4, Februar 1999, Nr. 5 und 6 mit Beiträgen über den reformierten Kirchenhistoriker Karl Bauer, über Karl Dürr und die Anfänge der badischen Bekenntnisgemeinschaft sowie über Hermann Erbacher.

Veranstaltungen: Das „Schild des Glaubens“ als Erbe und Herausforderung. Zum 100. Geburtstag von Jörg Erb.

Vorschau: Regine Jolberg und die religiöse Kindererziehung (30.6./1.7.2000).

Projekte: Die evangelische Landeskirche in Baden im Dritten Reich. Dokumentation, bisher drei Bände (1932–1935) erschienen, Bd. 4 (1935–1938).

In Vorbereitung: Forschungsprojekt „Die evangelische Kirche in Baden im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit (voraussichtlich 2001).“

Kooperationen: Schriftentausch (Monographiereihe und Korrespondenzblatt); Religionspädagogisches Institut Karlsruhe, Pädagogische Hochschule Heidelberg, Verein für Hessische Kirchengeschichte, Historische Kommission für den reformierten Protestantismus.

Sonstiges: Zahlreiche Arbeiten von Mitgliedern des Vereins zur kirchlichen Zeitgeschichte.

Verein für Bayerische Kirchengeschichte

Veröffentlichungen: Der 67. Jahrgang der „Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte“, 1998 enthält aus dem Bereich der Kirchlichen Zeitgeschichte folgende Beiträge:

- Baier, Helmut: „Das Christentum ist in der Tat eine Lehre des Verfalls“. Aus den Tagebüchern des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels 1941/42, S. 120–137.
- Schröttel, Gerhard: Die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde Schwabach unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, S. 157–161.
- Mensing, Björn: „Ich kann kein Braunhemd mehr sehen!“ Friedrich Veit und der Nationalsozialismus, S. 157–161.
- Anzeneder, Helmut: Zwei Augenzeugenberichte aus dem Kirchenkampf im Erlanger Umland, S. 162–165.

Veranstaltung: Kirche vor dem Ende. 4. Symposium der deutschen Landeskirchengeschichtsvereine, zugleich 75jähriges Jubiläum des Vereins für bayerische Kirchengeschichte. 26.–28. Juni 1999 in Rothenburg o. d. Tauber.

Arbeitsgemeinschaft für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte

Veranstaltungen: In der Reihe der Berliner Dom-Vorträge: Reinhardt Richter: Rückblick auf die Dienstzeit als Generalsuperintendent in Cottbus (1982–1993) am 20.1.2000.

Veröffentlichungen: Gerd Heinrich (Hg.): Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg. Berlin 1999; Friedrich Winter: Die Moderatoren der Runden Tische. Berlin 1999, Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 62 (erscheint im 1. Quartal 2000).

Vereinigung für Bremische Kirchengeschichte

Veranstaltungen: Prof. Dr. U. Büttner: „Die Kirche und ihre Judenchristen“ (16.11.1999)
Prof. Dr. Hans Kloft: „Epiphanie und Königsheil. Geschichte der Heiligen drei Könige“ (6.1.2000).

Veröffentlichungen: Bd. 22 der Publikationsreihe „Hospitium Ecclesiae“ ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2000 erscheinen.

Projekte: Bremische Evangelische Kirche im Nationalsozialismus.

Evangelische Theologiegeschichte Bremens.

Evangelische Kirche und Judenchristen 1933 bis 1945 in Bremen.

Arbeitsgemeinschaft für Mecklenburgische Kirchengeschichte

Veröffentlichungen: Im Jahrbuch für Mecklenburgische Kirchengeschichte – Mecklenburgia Sacra. Bd. 1. 1998 finden sich unter der Rubrik „Nova Monumenta Inedita“ folgende Titel:

- „Pastor von Jüchen löscht in Rossow/Kreis Waren ein brennendes jüdisches Gartenhaus während der Novemberpogrome 1938“.
- Zwei Predigten von Pastor Erich Arndt, ehemaliger Divisionspfarrer der 6. Armee, während der Kriegsgefangenschaft.
- Drei Ansprachen zur Einweihung des Gedenksteins für Pastor Dr. Robert Lansemann (1908–1951), Opfer des Stalinismus, auf der Grabanlage des Geistlichen Ministeriums zu Wismar am 4. Juli 1998.

Gesellschaft für Niedersächsische Kirchengeschichte

Veröffentlichungen: „... daß Schuld auf unserem Weg liegt“. Die Hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus“. Hg. von Jörg Calließ (Loccumer Protokolle. 58/97). Rehburg-Loccum 1998.

Projekte: Edition der Rundbriefe von Landesbischof August Marahrens.

Edition der Rundschreiben der Bekenntnisgemeinschaft und der Deutschen Christen.

Veranstaltungen: Mitwirkung bei der Tagung der Ev. Akademie Loccum: „Kirche als Kulturfaktor. Ein Gespräch zwischen den Generationen zum 100. Geburtstag von Bischof Hanns Lilje vom 20. bis 22.8.1999 in Loccum.

Oldenburg

Veröffentlichungen: 150 Jahre oldenburgische Kirchenverfassung. Im Auftrag des Ev.-luth. Oberkirchenrats in Verbindung mit Günther Raschen hg. von Rolf Schäfer. Isensee Verlag. Oldenburg 1999.

Rolf Schäfer, Joachim Kuroпка, Reinhard Rittner, Heinrich Schmidt: Oldenburgische Kirchengeschichte. Isensee Verlag. Oldenburg 1999.

Projekte: Bernhard Uebachs: Walter Spitta (erscheint 2000).

Kooperationen: Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte.

Verein für Pfälzische Kirchengeschichte

Veröffentlichungen: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde, Bd. 65, 1998.

In Vorbereitung: Bd. XX des „Bild-Atlas zur pfälzischen Kirchengeschichte“, zusammengestellt von Bernhard Bonkhoff (erscheint im ersten Halbjahr 2000).

Kooperation: Die Kooperation mit dem katholischen Schwesternverein, der Bistumsgruppe Speyer der Gesellschaft für mittelrheinische Kirchengeschichte wurde 1999 mit einer Arbeitstagung fortgesetzt.

Veranstaltungen: „Die Bildungsverantwortung der Kirchen“. Die letzte von der Ev. Akademie der Pfalz mitverantwortete Arbeitstagung fand vom 28.–30. Januar 1999 in Enkenbach bei Kaiserslautern statt.

Jahrestagung zum 75jährigen Vereinsjubiläum vom 11.–13. Mai 2000 in Zweibrücken mit einem Festvortrag von Dr. Bonkhoff.

Kooperationen: Die umfangreiche Vereinsbibliothek ist in der staatlichen Bibliotheca Bipontina in Zweibrücken untergebracht und an den internationalen Leihverkehr angeschlossen.

Sonstiges: Der Vorsitzende Dr. Bonkhoff nimmt seit 1992 einen Lehrauftrag für pfälzische Kirchengeschichte an der Ev.-Theol. Fakultät der Universität Mainz wahr.

Ausschuß für Kirchliche Zeitgeschichte Rheinland

Veranstaltungen: Jahrestagung des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte anlässlich des Gedenkens an die 1. Rheinische Landessynode in Velbert 1948 in Verbindung mit der EkiR.

„Politische Parteien nach 1945 und die Ev. Kirche im Rheinland“. 2. Klausurtagung des Ausschusses für Rheinische Kirchengeschichte und Kirchliche Zeitgeschichte. 8./9.10.1998 in Kaub/Rhein.

„Ev. Kirche im Rheinland und Weimarer Republik“. Öffentliche Tagung vom 4.–6.10.1999 in Kaub/Rhein.

„Jerusalem 1099–1999 – umstrittene Stadt an der Schwelle zum dritten Jahrtausend“. Tagung in der Ev. Akademie Mülheim vom 19.–21.11.1999.

Veröffentlichungen: Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte:

- Buchstädt, Diethard: Kirche für die Welt (Bd. 131).
- Deeters, Hermann: Geschichte der Ev. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach 1918–1945. Köln 1998 (Bd. 132).
- Norden, Günther van/Faulenbach, Heiner: Die Entstehung der Evangelischen Kirche im Rheinland in der Nachkriegszeit (1945–1952). Köln 1998 (Bd. 134).
- Elsas, Heinrich: Geschichte der Evangelischen Gemeinde Remscheid 1932–1956. Hg. von Frieder Backhaus. Köln 1999 (Bd. 137).

- Kirchengeschichte als Autobiographie. Ein Blick in die Werkstatt zeitgenössischer Kirchenhistoriker. Hg. von Dietrich Meyer. Köln 1999 (Bd. 138).
- Norden, Günther van/Faulenbach, Heiner: Die Entstehung der Ev. Kirche im Rheinland in der Nachkriegszeit. Köln 1998 (Bd. 143).

Schriften des Archivs der Ev. Kirche im Rheinland:

- Honecker, Martin/Regul, Jürgen (Hg.): Protestantismus in Europa. Düsseldorf 1998 (Nr. 16).
- Theologisches Studium im Dritten Reich. Das Kirchliche Auslandsseminar in Ilseburg/Harz. Hg. von Ferdinand Schlingensiepen. Düsseldorf 1998 (Nr. 17).
- Cohen, Erich: Aufbewahrtes Leben unter schützenden Händen. Erinnerung von einem rheinischen Pfarrer. Düsseldorf 1998 (Nr. 20).
- Busch, Christine (Hg.): 100 Jahre Evangelische Frauenhilfe in Deutschland. Einblicke in ihre Geschichte. Düsseldorf 1999 (Nr. 23).

Verein für Schlesische Kirchengeschichte

Veranstaltungen: Die Johanniter in Schlesien. Arbeitstagung in Jauernick vom 17.–19.9.1999.

Vorschau: Arbeitstagung in Zusammenarbeit mit der Diözese Breslau der Ev. Kirche Augsburgischer-Konfession im Rahmen des Jubiläums „1000 Jahre Bistum Breslau“ vom 13.–15. Oktober 2000.

Veröffentlichungen: Wecht, Martin: Jochen Klepper. Ein christlicher Schriftsteller im jüdischen Schicksal (Studien zur Schlesischen und Oberlausitzer Kirchengeschichte. 3). Düsseldorf und Görlitz 1998.

Diakonie – stark für andere. Beiträge im Jubiläumsjahr der Diakonie aus der schlesischen Oberlausitz. Hg. im Auftrag des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz und der Ev. Akademie von Ulrich Hutter-Wolandt (ebd. 4). Düsseldorf und Görlitz 1998.

Schott, Christian-Erdmann: „Die Geschichte sollte ein Tor in die Zukunft sein“. Erinnerung an Jan Josef Lipski (1926–1991). In: Schlesischer Gottesfreund 49, 1998.

Ders.: Kurt Ihlenfeld. In: Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert. Hg. von Wolf-Dieter Hauschild. Gütersloh 1998, S. 337–347.

Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte 2, 1997:

- Schott, Christian-Erdmann: Fortwirken und Übernahme deutscher Kultur in Schlesien
- Ders.: „Gewinnen für den Glauben“ – geistliche Strategien der Johanniter in den neuen Bundesländern.
- Ders.: 150 Jahre Diakonie (1848–1998). In: Schlesischer Gottesfreund 49, 1998, S. 85f. und 90ff.

Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte 3, 1999:

- Berger, Eduard: Ist Deutschland östlicher und protestantischer geworden.
- Maser, Peter: Ein schwieriger Neuanfang: Die Evangelische Kirche der Union (EKU) und die Vertriebenen.
- Schott, Christian-Erdmann: Die Hilfsaktionen der Johanniter östlich von Oder und Neiße in den Jahren 1952 bis 1998.
- Wittram, Heinrich: Schwerpunkte baltischer Kirchengeschichte.
- Aderkas, Claus von: Kirchliche Aufbauhilfe in Lettland.
- Rubenis, Juris: Die Wiedergeburt und Erneuerung in den europäischen Kirchen unserer Zeit. Ein Blick aus der Perspektive der Kirche Lettlands.
- Schmidt, Tamara: Evangelisches Leben in Litauen.
- Lieberg, Burchard: Kirche nach der Wendeeuphorie. Zur Lage der Evangelisch-Lutherischen Kirche Estlands (EELK).

- Hirschheydt, Monika von: 50 Jahre deutsch-baltische Kulturarbeit. Rückblick und Ausblick.

Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte. NF 76/77, 1997/98:

- Stonawski, Wilhelm: Die Lutherische Ev. Kirche A. B. in der Tschechischen Republik.
- Leue, Reinhard: 100 Jahre Zoar-Martinshof. Ein Diakoniewerk.

Jahrbuch für Schlesische Kirchengeschichte. NF 78, 1999:

- Rogge, Joachim: Zehn Jahre Wandel im Osten. Tendenzen und Perspektiven.
- Viertel, Gerlinde: Diakonie im polnischen Schlesien von 1945–1999.
- Ernst, Norbert: Die Diakonie im Bereich der heutigen Evangelischen Kirche der schlesischen Oberlausitz (1945–1997).
- Schott, Christian-Erdmann: Werner May (1903–1975). Ein christlicher Erfolgsschriftsteller aus Schlesien.
- Schönberg, Caspar von†: Lebenserinnerungen aus der Zeit des Kirchenkampfes.
- Laßmann, Gisela: Auszüge aus dem Fluchttagebuch des Laubaner Pfarrers Hermann Grimm aus dem Jahr 1945.
- Grünewald, Johannes: Über die Vorarbeiten zum Schlesischen Pfarrerbuch.
- Neß, Dietmar: Bibliographie Johannes Grünewald.

Mitarbeit in: „Geschichte Schlesiens Bd. 3 (1740–1945). Hg. im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien von Josef Joachim Menzel. Stuttgart 1999:

- Meyer, Dietrich: Die evangelische Kirche 1797–1932, S. 271–315.
- Schott, Christian-Erdmann: Zwischen Drittem Reich und Untergang 1933–1945, S. 316–328.
- Wagner, Oskar: Die Unierte evangelische Kirche in Polnisch-Ostoberschlesien, S. 329–332.
- Patzelt, Herbert: Die evangelische Kirche Österreich-Schlesiens, S. 548–567.

Projekte: Vorbereitung einer Wanderausstellung „1000 Jahre Christentumsgeschichte in Schlesien – 1000 Jahre Bistum Breslau (soll im Jahr 2000 gezeigt werden).

Arbeitstagung in Breslau zusammen mit der Diözese Breslau als Beitrag zum Jubiläum „1000 Jahre Bistum Breslau“.

Spuren und Wirkungen der evangelischen schlesischen Kirche im Nachkriegsdeutschland. Hg. im Auftrag der Gemeinschaft evangelischer Schlesier von C.-E. Schott (erscheint 1999)

Jahrbuch 79, 2000.

Schlesisches Pfarrerbuch (Autor: Pfarrer em. Johannes Grünewald).

Werkausgabe Bischof Ernst Hornig (1874–1976).

Verein für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte

Veröffentlichungen: Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte. Bd. 6/I: Kirche zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung. Neumünster 1998 [Der Band behandelt den Zeitraum zwischen 1918 und 1945, betrifft also die Weimarer Zeit (Volker Jakob) und die Zeit des Nationalsozialismus (Klauspeter Reumann)].

Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte. Reihe II. 49. Bd., 1999:

- Ernst Damann: Schleswig-Holsteinische Theologen als Lehrer in Norton Camp (1944–1948), S. 22–29.
- Robert-Dieter Klee: Kirchengrenzen im nordelbischen Raum nach der deutschen Eini-gung, S. 62–80.

Projekte: Bd. 6/II der Schleswig-Holsteinischen Kirchengeschichte.

Kooperationen: Arbeitsgemeinschaft für Pommersche Kirchengeschichte und Historisk Samfund for Sonderjylland.

Am 13.10.1999 wählte die Mitgliederversammlung Prof. Dr. Dr. Johannes Schilling (Ordinarius für Neuere Kirchengeschichte an der Universität Kiel) zum Vorsitzenden.

Gesellschaft für Thüringische Kirchengeschichte

Veranstaltungen: Vier Zusammenkünfte einer Arbeitsgruppe für kirchliche Zeitgeschichte, die Projekte vorstellen, ins Gespräch bringen und vergleichen möchte und sich um Grundsatfragen der Bearbeitung der kirchlichen Zeitgeschichte Thüringens bemüht.

Jahrestagung vom 8.–10.10.1999 (Rückblick anlässlich des 70jährigen Bestehens der Gesellschaft für Thüringische Kirchengeschichte).

Veröffentlichungen: In: Herbergen der Christenheit 1997/98:

- Koch, Ernst: Die Thüringer evangelische Kirche in ihrer Entstehungszeit (1918–1920). S. 119–134.
- Wiegand, Dietmar: Volkskirche und Sozialarbeit. Soziales Denken und Handeln in der Thüringer evangelischen Kirche in den Jahren ihres Auf- und Ausbaus, S. 135–153.
- Enke, Johann-Friedrich: Evangelische Landeskirche Thüringen und Wartburg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bemühungen der Thüringer Landeskirche um eine angemessene Vertretung im Ausschuß der Wartburgstiftung, S. 155–170.
- Enke, Johann-Friedrich: Zensierte Predigt? Aus der Geschichte der Wartburggottesdienste, S. 171–187.
- Rudloff, Michael: Dr. Carl Vogl (1866–1944). Erinnerung an einen Grenzgänger, S. 189–200.

Seidel, Thomas A. (Hg.): Thüringer Gratwanderungen. Beiträge zur fünfundsiebzigjährigen Geschichte der evangelischen Landeskirche Thüringens. Bearb. Von Dietmar Wiegand (Herbergen der Christenheit. Sonderbd. 3). Leipzig 1998.

Verein für Westfälische Kirchengeschichte/Kommission für Kirchliche Zeitgeschichte in Westfalen

Veranstaltungen: Tag der Westfälischen Kirchengeschichte am 11./12.9.1998 in Minden, am 24./25.9.1999 in Paderborn.

Vorschau: „Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel“. Studientagung vom 23.–25.3.2000 in der Katholischen Akademie Schwerte.

Veröffentlichungen: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte, Bd. 92, 1998.

Kampmann, Jürgen: Von der altpreußischen Provinzial- zur westfälischen Landeskirche (1945–1953). Die Verselbständigung und Neuordnung der Ev. Kirche von Westfalen (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte. 14). Bielefeld 1998.

Althöfer, Ulrich: Der Architekt Karl Siebold (1854–1937). Zur Geschichte des evangelischen Kirchenbaus in Westfalen (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte. 15). Bielefeld 1998.

Schäfer, Jürgen: Kurt Gerstein – Zeuge des Holocaust. Ein Leben zwischen Bibelkreisen und SS (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte. 16). Bielefeld 1999.

Kooperationen: Kommission für kirchliche Zeitgeschichte des Erzbistums Paderborn, Kommission für kirchliche Zeitgeschichte des Bistums Münster.

Projekte: Ausstellung: „Kurt Gerstein – Widerstand in SS-Uniform“ vom 7.4.–23.6.2000 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

Vorschau **Hinweise auf Veröffentlichungen** Bereich
der Kirchlichen Zeitgeschichte im Jahr 2000 (1. Halbjahr)

Wir wurden gebeten, folgende Neuerscheinungen anzuzeigen:

HASPEL, MICHAEL: Politischer Protestantismus und gesellschaftliche Transformation. Ein Vergleich der Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR und der schwarzen Kirchen in der Bürgerrechtsbewegung in den USA (Francke Monographie). Tübingen und Basel 1997.

HEINRICH, GERD (HG.): Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg. Wichern-Verlag. Berlin 1999.

KRATSCH, FRIEDRICH: Zwischen Kriegen, Kreuz und Hakenkreuz. Twistringern und sein Umland 1919–1939 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Twistringern. 6). Schröderscher Buchverlag. Bassum 1997.

KROLZIG, UDO (Hg.): Zukunft der Diakonie. Zwischen Kontinuität und Neubeginn. Luther-Verlag. Bielefeld 1998.

MENSING, BJÖRN: Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. 2. durchgesehene Auflage Verlag C. und C. Rabenstein. Bayreuth 1999.

PFÄFFLIN, GEORG FRIEDRICH/RUPPEL, HELMUT (HG.): Ernst-Lange-Lesebuch. Von der Utopie einer verbesserlichen Welt. Texte. Wichern-Verlag. Berlin 1999.

WER REDET, LIEBT. 50 Jahre Evangelische Akademie Baden. Hg. von der Ev. Akademie Baden. 1997.

Vorschau auf Akademietagungen aus dem Bereich der Kirchlichen Zeitgeschichte im Jahr 2000 (1. Halbjahr)

Zeitgeist und ideologische Fronten. Zur Geschichte der Ev. Akademie in Berlin und Brandenburg (3.–5.3.2000 Ev. Akademie Berlin-Schwanenwerder).

Paul Tillichs Theologie der Kultur (24.–26.3.2000 Ev. Akademie Locom).

Dietrich Bonhoeffer und Albert Camus (7.–9.4.2000 Ev. Akademie Mecklenburg, Zingst).

Kirche im demokratischen Staat und in der offenen Gesellschaft. Katholische und protestantische Modelle in Polen und Deutschland (19.–21.5.2000 Ev. Akademie Berlin-Schwanenwerder).

